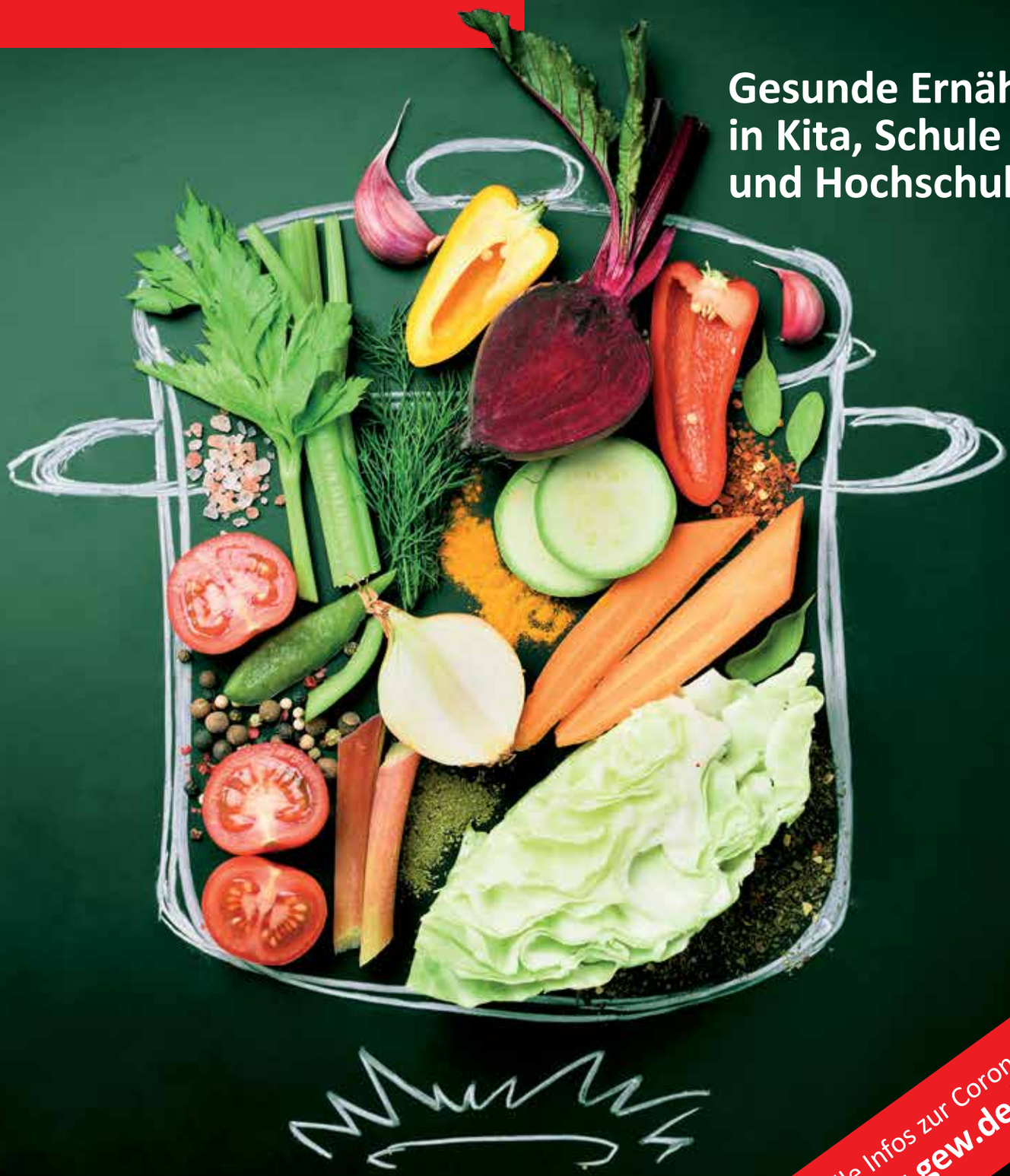
# E&W

Erziehung & Wissenschaft 09/2020
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

GEW

## Gesunde Ernährung in Kita, Schule und Hochschule



Aktuelle Infos zur Corona-Pandemie
**www.gew.de/corona**

Foto: HAW Hamburg

ULRIKE
ARENS-AZEVEDO

# Ort des Lernens und Essens

Die Ganztagsbetreuung in Kindertageseinrichtungen und Schulen bestimmt zunehmend den Alltag von Kindern und Jugendlichen. Essen und Trinken während des Ganztags sind nicht nur ein wichtiges Strukturelement, sondern auch ein wesentlicher Beitrag zur Gesundheitserhaltung und -förderung mit Auswirkungen auf die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit, auf Wohlempfinden und Lebensqualität. Eine wesentliche Rolle spielen hierbei auch die Essumgebung und die Einbindung der Verpflegung in eine handlungsorientierte und zielgruppenspezifische Ernährungsbildung.

Wie die Mahlzeiten im Einzelnen zusammengesetzt sein sollten, ist aus den Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) für die Verpflegung in Kindertageseinrichtungen und Schulen ersichtlich. Diese beschreiben die wünschenswerten Lebensmittelqualitäten und die Häufigkeiten des jeweiligen Lebensmittelangebots. Dabei gilt, dass die Mahlzeiten gut schmecken, eine arttypische Beschaffenheit sowie ein ansprechendes Aussehen haben müssen, um mit Lust gegessen zu werden.

Im Rahmen der bundesweiten Studien zur Kita- und Schulverpflegung hat sich gezeigt, dass das Verpflegungssystem der Warmverpflegung, also einer Verpflegung, die in einer Zentralküche hergestellt und zu den Einrichtungen transportiert wird, überwiegt (in Kitas im Mittel 55,4 Prozent; in Schulen 60 Prozent). Es gibt aber charakteristische Unterschiede in der Angebotsbreite, bei den Preisen oder auch bei der Organisation und den Abläufen. Sowohl in Kitas als auch in Schulen kann das Essen noch deutlich verbessert werden. Dies gilt insbesondere mit Blick auf das wünschenswerte tägliche Angebot von Obst und Gemüse und das Überangebot von Fleisch in den Mittagsmahlzeiten. Auch Vollkornkomponenten sind zu selten zu finden. Die Zwischenverpflegung sollte dabei ebenfalls in ein gesundheitsförderndes, nachhaltiges Gesamtkonzept eingebunden werden, hierzu gehören auch Getränke. Spender mit Leitungswasser sind die beste Wahl.

In Kitas und Schulen sind Essen und Ernährung Handlungs- und Bildungsfeld zugleich. Deshalb ist eine enge Verknüpfung von Verpflegung und Ernährungsbildung (formal und nonformal) eine wichtige Voraussetzung, denn der Ort des Essens ist immer auch ein Ort des Lernens. So sollten schon in den Kitas Küchen für die Kinder erlebbar werden. Produktionsküchen vor Ort erleichtern diese Erfahrung. Aber auch spezielle Kinderküchen können genutzt werden, um schon die Kleinen an die Zubereitung einfacher Speisen heranzuführen. In Schulen sollten Lernküchen mit einer entsprechenden Anzahl an Kochinseln eingeplant werden.

Partizipation und Selbstbestimmtheit sind Grundvoraussetzungen für eine gesundheitsförderliche, nachhaltige Ernährung. Hierzu müssen in den Settings entsprechende Strukturen geschaffen werden, die alle Verantwortlichen einbeziehen und es möglich machen, schnell zu reagieren, wenn Probleme vor Ort gelöst werden müssen.

Essen dient der Erholung und Entspannung, schon deshalb sind Essatmosphäre und -umgebung so wichtig. Nur in hellen, sauberen Räumen halten sich Kinder und Jugendliche gerne auf. Mit baulichen Maßnahmen kann viel erreicht werden, um in Schulen lästige Wartezeiten zu reduzieren und zu vermeiden, dass sich Schlangen vor der Ausgabe bilden. Eine Aufteilung der Räume in mehrere unterschiedlich angeordnete Sitz- und Stehinseln oder die geschickte Einbeziehung von Pflanzenkästen schafft Nischen zum Rückzug und zum Relaxen. Ebenso wichtig sind geeignete Maßnahmen, um Lärm zu dämmen. Denn schließlich ist die Mensa auch ein Lernort, der Kommunikation und Zusammensein unter Freunden zulassen muss.

Prof. Ulrike Arens-Azevedo,
Ernährungswissenschaftlerin und ehemalige Präsidentin
der Deutschen Gesellschaft für Ernährung

# Inhalt

**Gastkommentar**
Ort des Lernens und Essens — Seite 2

**Impressum** — Seite 3

**Auf einen Blick** — Seite 4

**Prämie des Monats** — Seite 5

**Schwerpunkt: Gesunde Ernährung in Kita, Schule und Hochschule**
1. Schulessen über DGE-Standard in Braunschweig: „Der Anfang war schon hart“ — Seite 6
2. Blick in die Bundesländer: Gesunde Ernährung im Unterricht — Seite 10
3. Nachhaltiges Essen für die Jüngsten: Gourmets im Kita-Restaurant — Seite 12
4. Interview mit Kita-Köchin Nilda Bezerra: „Essen nicht stigmatisieren“ — Seite 14
5. DGE-Standards versus Fastfood: Zäher Kampf gegen Döner und Fischstäbchen — Seite 16
6. Interview mit NQZ-Leiterin Anke Oepping: Qualität hat ihren Preis — Seite 18
7. Armut und schlechte Ernährung – Burger, Cola und Schimmel — Seite 20
8. Hochschulmensen: Gut und günstig? — Seite 22

**Tarifpolitik**
Forderungen für die Tarifrunde 2020: Kein Anlass für falsche Bescheidenheit — Seite 24

**Schule und Corona-Pandemie**
1. Lehramtsstudierende helfen: Eine Win-Win-Situation — Seite 26
2. Wie laufen die ersten Schulstarts nach den Sommerferien? Wellenreiten — Seite 28
3. GEW-Kommentar von Marlis Tepe: Viele Fragen offen — Seite 30

**Hochschule**
Umsetzung des Zukunftsvertrags Studium und Lehre: Ernüchternde Bilanz — Seite 31

**Berufliche Bildung und Weiterbildung**
1. Ausbildungsmarkt in der Corona-Zeit: Viele schwarze Wolken am Himmel — Seite 32
2. Die neue Berufliche Hochschule Hamburg: Das Beste aus allen Welten — Seite 34
3. GEW-Tagung: Mit Bildung die Demokratie verteidigen — Seite 44

**Internationales**
Interview mit Yaffa Ben David: Rechte der Lehrkräfte achten — Seite 36

**fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit**
Faire Woche in Schulen: Nicht im Stich gelassen — Seite 38

**Gesellschaftspolitik**
Interview mit Buchautor und Politologe Timo Büchner: Neue Worte, alte Werte — Seite 40

**GEW-Intern**
Die AGAL feiert ihr 65. Jubiläum: „Bügeleisen und Heizkissen sind mitzubringen“ — Seite 42

**Gewerkschaftstag 2021**
Bekanntmachung des GEW-Geschäftsführers zum Gewerkschaftstag in Leipzig — Seite 43

**Leserforum** — Seite 45

**Diesmal** — Seite 48

**Titel: Werbeagentur Zimmermann**

## IMPRESSUM

**Erziehung und Wissenschaft**
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 73. Jg.

Herausgeberin:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
im Deutschen Gewerkschaftsbund
Vorsitzende: Marlis Tepe
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Redaktion: Jürgen Amendt
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0
Fax 069 78973-202
katja.wenzel@gew.de
www.gew.de
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft
twitter.com/gew_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel
der 7. eines jeden Monats.
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.
Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträger der „Erziehung und Wissenschaft“ auch auszugweise nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Die E&W finden Sie als PDF auf der GEW-Website unter:
www.gew.de/eundw.
Hier wird die E&W auch archiviert.

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann,
Heddernheimer Landstraße 144
60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:
Stamm Verlag GmbH
Goldammerweg 16
45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0
Fax 0201 472590
anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 01.01.2019,
Anzeigenschluss
ca. am 5. des Vormonats

Nutzungsrechte für digitale Pressespiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH unter
www.presse-monitor.de

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

## Bundesverdienstkreuz verliehen

Christoph Heise, ehemals Referent für Internationales der GEW, wurde für sein Engagement zur grenzübergreifenden Verständigung geehrt. Anfang Juli hat der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) ihm und seiner Frau Anna Magdalena Wankiewicz-Heise in Dresden das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen. Das Ehepaar ist damit für seinen Einsatz in der deutsch-polnischen Gewerkschaftsarbeit ausgezeichnet worden. Die beiden haben Kontakte und Begegnungen zwischen deutschen und polnischen Lehrkräften über mehrere Jahrzehnte auf- und ausgebaut sowie Schulpartnerschaften und Austauschprogramme für Schülerinnen und Schüler initiiert. Ihrem Engagement ist unter anderem die „Masuren-Akademie“ der GEW zu verdanken, ein 14-tägiges Sommercamp für deutsch-polnische Begegnungen.

Foto: Nikolai Schmidt

**Anna Wankiewicz-Heise und Christoph Heise**

## Überlastete Gesundheitsämter

Wegen einer Überlastung der Gesundheitsämter in der Corona-Pandemie sind nach Angaben des Bundesverbandes der Ärztinnen und Ärzte im öffentlichen Gesundheitsdienst (BVÖGD) die meisten Erstklässler in diesem Schuljahr ohne die eigentlich obligatorischen Eingangsuntersuchungen in die Schule gekommen. „Die meisten haben es nicht geschafft, die Schuleingangsuntersuchungen durchzuführen“, sagte Ute Teichert, Vorsitzende des BVÖGD, Mitte August. Nur in ganz wenigen Bundesländern sei versucht worden, die Untersuchungen in der Lockerungsphase nachzuholen. Lehrerinnen und Lehrer müssten nun sehen, wie sie im Unterricht mit eventuellen Defiziten der Erstklässler umgehen, sagte Teichert.

## Weniger Ausbildungsverträge

Nach einem kleinen Zwischenhoch ist die Zahl der Ausbildungsanfänger in Deutschland im vergangenen Jahr wieder gesunken. 513.300 Menschen bedeuteten im Vergleich zu 2018 einen Rückgang um 1,6 Prozent, wie das Statistische Bundesamt Mitte August in Wiesbaden mitteilte. Weniger waren es nur 2016 mit knapp 510.000. In den beiden Zwischenjahren hatten insbesondere Bewerber aus Asylherkunftsländern für steigende Ausbildungszahlen gesorgt.

Grundsätzlich geht die Zahl der Ausbildungsverträge seit Jahren zurück. Die beliebtesten Berufe sind nach wie vor Kaufleute im Einzelhandel, Büromanagement und Industrie sowie Kfz-Mechatroniker bei den Männern und Verkäuferin bei den Frauen. Zu den wenigen Ausbildungsberufen, die gefragter sind, gehören die Fachinformatiker mit einem Plus von 8,4 Prozent zum Vorjahr. Deutlich rückläufig sind die Zahlen hingegen in den Bereichen Gastronomie, Hotellerie, Tourismus und Einzelhandel. Zusammengenommen gab es hier im vergangenen Jahr 28 Prozent weniger neue Verträge als 2010.

## Hygiene vernachlässigt

Fast drei Viertel der Deutschen (71,2 Prozent) sind der Meinung, dass die hygienische Grundausstattung an Schulen vor der Corona-Pandemie durch die Politik vernachlässigt wurde. Dies geht aus einer Anfang Juli veröffentlichten repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsunternehmens CIVEY im Auftrag der GEW hervor. 79,2 Prozent sind zudem der Ansicht, dass die Schulen in ihrem Bundesland auch über die Pandemie hinaus stärker auf die hygienischen Grundvoraussetzungen achten sollten. „Die Corona-Pandemie hat die Hygienemängel an Schulen aufgezeigt und Versäumnisse deutlich gemacht“, kommentierte die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe die Ergebnisse der Umfrage. Sie stellte zudem klar: „Die Schwierigkeiten der Schulen, während der Corona-Pandemie Hygiene und Infektionsschutz sicherzustellen, kamen nicht überraschend. Sie sind eine Folge jahrzehntelanger Vernachlässigung des Bildungssektors, auf die wir die politisch Verantwortlichen immer wieder hingewiesen haben.“

## Erfolgreiche Klage

Die GEW Niedersachsen war mit einer Klage erfolgreich. Das Land muss 400 Lehrkräfte mit gymnasialer Qualifikation, die an Gesamtschulen arbeiten und nicht verbeamtet sind, deutlich besser bezahlen als bisher. Künftig werden diese Tarifbeschäftigten höhergestuft und erhalten je nach Erfahrungsstufe zwischen 350 und 500 Euro brutto im Monat mehr. In seiner mündlichen Verhandlung gab das Bundesarbeitsgericht (BAG) in Erfurt damit einer angestellten Gymnasiallehrerin aus Braunschweig recht, die gemäß Tarifvertrag der Länder (TV-L) nun nach Entgeltgruppe TV-L 12 bezahlt werden muss. Sie war vom Land Niedersachsen zunächst in die Entgeltgruppe 10 und später 11 eingestuft worden. Die GEW hatte für die 53-Jährige ein Musterverfahren geführt, das rund 400 weitere nichtverbeamtete Lehrkräfte an niedersächsischen Gesamtschulen betrifft, die nach Überzeugung der Bildungsgewerkschaft ebenfalls rechtswidrig zu niedrig eingruppiert sind. Trotz gymnasialer Qualifikation zahlte der Arbeitgeber dieser Beschäftigtengruppe bisher nur TV-L 10 oder 11 statt TV-L 12. Das Urteil gilt für zwei Gruppen von Lehrkräften, die an Integrierten Gesamtschulen arbeiten: einerseits Quereinsteigende, denen die fachlichen Voraussetzungen für das Unterrichten an Gymnasien anerkannt wurde, und andererseits angestellte Lehrkräfte mit voller Lehrbefähigung an Gymnasien.

## In eigener Sache

Die Arbeiten für die Drucklegung dieser Ausgabe der E&W sind am 25. August abgeschlossen worden. Alle Infos zum Thema Corona – Nachrichten, Themen und Tipps – finden Sie auf der Landingpage der GEW-Website unter **www.gew.de/corona**. Die Seite wird ständig aktualisiert und erweitert. Auch die GEW-Landesverbände stellen auf ihren Websites viele Infos zur Verfügung. Aktuelle Informationen zu den Tarifverhandlungen für die im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen Beschäftigten finden Sie unter **www.gew.de/troed2020**.

# Mitmachen lohnt sich ...

**... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie ein Weinset der Lebenshilfe.***

## Prämie des Monats September:

### Weinset der Lebenshilfe

Drei Bio-Weine aus dem Weinbau der Lebenshilfe. Sozial, ökologisch und qualitätsbewusst. Eine gute Wahl.

## Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern
## www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen.

**Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!**

**Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211**

**oder per Coupon:**

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon Fax

PLZ/Ort

E-Mail

**Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:**
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

E&W-Prämie des Monats September 2020/Weinset der Lebenshilfe

# „Der Anfang war schon hart“

**// Über 500 Schulcaterer und 53 Schulmensen in Deutschland tragen ein Gütesiegel der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) – darunter auch eine Gesamtschule am Stadtrand von Braunschweig. In einem ungewöhnlichen Punkt geht sie noch über die DGE-Standards hinaus. //**

Vorkoster gab’s schon mal im alten Rom. Inzwischen sind sie wiederauferstanden: an der Sally-Perel-Gesamtschule in Braunschweig-Volkmarode. Allerdings heißen sie nicht mehr „Vorkoster“, sondern „Probierschüler“, und sie sollen auch nicht prüfen, ob das Essen vergiftet ist, sondern ob es mundet. Das Mensateam der Integrierten Gesamtschule (IGS) serviert nämlich möglichst gesunde Kost nach den DGE-Qualitätsstandards. Aber das Essen soll nicht nur gesund sein, sondern auch gut schmecken, damit die Gäste nicht zu viel Sehnsucht nach Pommes rot-weiß entwickeln, sondern immer wieder gerne in die Schulmensa gehen. Daher also die Probierschülerinnen und -schüler, die bundesweit einmalig sein dürften.

Gesund und schmackhaft – ist das nicht ein Widerspruch? Anscheinend nicht. Lara (12) und Kay (13) waren schon als Testpersonen im Einsatz. „Es gibt oft nur kleinere Sachen zu kritisieren“, erzählt Lara kurz vor der einstündigen Mittagspause. Kay bestätigt: „Es ist meistens sehr lecker.“ Gelegentlich allerdings ist ihm die Käsesoße etwas zu salzig. „Aber das hängt auch mit den Probierschülern zusammen: Manche mögen es gerne salzig.“

Je nach Geschmack der Vorkoster kann es also passieren, dass das gleiche Gericht mal so, mal so schmeckt. Denn die Küche befolgt die Anregungen der Testenden sofort – jedenfalls, wenn es nur um den Feinschliff geht: mehr Salz hier, etwas Schärfe abmildern dort.

**„Es ist meistens sehr lecker“, sagt „Probierschüler“ Kay (13).**

## Garantiert keine Cola

Zuständig fürs Abschmecken sind die 6. und 7. Klassen – und zwar dann, wenn sie für jeweils eine Woche mit dem Mensadienst an der Reihe sind, wenn sie also darauf achten, dass bei der Geschirr-Rückgabe alles ordentlich abläuft. Als „kleines Bonbon zum Mensadienst“, so formuliert es Schulleiter Christian Düwel (56), dürften jeweils zwei Kinder pro Tag das Vorkosten übernehmen. In der großen Pause, eine Schulstunde vor Öffnung der Essensausgabe, gehen sie in die Küche und lassen sich ihre Probeportionen servieren. Der Job ist beliebt, wie Kay bestätigt. „Es ist was Besonderes, wenn man vorkosten darf.“

Seit März darf das allerdings niemand mehr, wegen Corona. Das Mensateam, das bei insgesamt gut 1.000 Schülerinnen und Schülern normalerweise 600 bis 700 Essen pro Tag ausgibt (bei Schnitzel auch mal 750), kocht seitdem nur noch für die Fünft- bis Siebtklässler und ein paar Lehrkräfte, gerade mal 200 Portionen am Tag. Der lichtdurchflutete Mensaneubau von 2011 mit seinen teilweise bodentiefen Fenstern ist so spärlich besetzt, als würden hier Abiturarbeiten geschrieben.

In pandemiefreien Zeiten werden in der Ganztagsschule drei Gerichte angeboten: zwei Menüs inklusive Salat und Dessert sowie Teigwaren am „Nudelpoint“. Montags und dienstags ist eines der beiden Menüs ein Fleischgericht – etwa Cordon Bleu an Rahmsoße mit Erbsen und Kartoffelpüree. Der Mittwoch ist Veggieday (zum Beispiel mit überbackenen Maultaschen), donnerstags wird Fisch gereicht (gerne mal Seelachs mit Kartoffelsalat) und freitags gibt es mal dies, mal jenes für die kleine Zahl von Jugendlichen und Lehrkräften, die trotz Schulschluss um 13 Uhr noch kurz einkehren möchten. Zu trinken bekommt man Wasser oder ungesüßten Tee, aber garantiert keine Cola.

Wegen Corona wurde nicht nur das Vorkosten gestrichen, sondern auch eines der drei täglichen Gerichte. So kann es passieren, dass an einem Tag nur noch Nudeln mit Fleischsoße oder mit Tomatensoße zur Auswahl stehen. „Mit Parmesan?“, fragt Küchenchef Thomas Bötel an der Essensausgabe. Auch ohne Vorkosten schmecken die Spaghetti Bolognese gut: die Nudeln al dente, die Soße würzig, aber nicht zu salzig.

Fotos: Eckhard Stengel

**Christian Düwel, Rektor der Braunschweiger Sally-Perel-Gesamtschule, weiß, dass es eines ausgefeilten Konzeptes bedarf, um Schülerinnen und Schüler vom beliebten Fastfood zu entwöhnen.**

## Steter Tropfen höhlt den Stein

„Die Idee mit den Probierschülern kam von unserer Mensabetreiberin“, erzählt Direktor Düwel. „Das soll die Akzeptanz bei den Schülerinnen und Schülern erhöhen.“ Die Mensabetreiberin: Das ist die gemeinnützige Gesellschaft „Mehrwerk“, eine Tochter der Evangelischen Stiftung Neuerkerode aus der Nähe Braunschweigs. 2011 hat sie das Kochen in der IGS übernommen – als Nachfolgerin eines externen Caterers aus den Anfangsjahren der 2009 gegründeten Schule.

„Das war eine richtige Win-Win-Situation“, bewertet Düwel den Einstieg der Neuerkeröder. „Die wollten gerne ihr Geschäft ausweiten und erstmals in einer Schule kochen. Und wir wollten möglichst frisch zubereitetes und gesundes Essen.“

>>>

>>> „Wir haben hier eine Super-Küchenmannschaft“, findet Düwel. Ihm gefällt dabei auch, dass zum etwa 15-köpfigen Team fünf bis sechs Menschen mit Beeinträchtigung zählen. „Das passt gut zu unserem Konzept.“ Denn als die Neuerkeröder bei der Mensa einstiegen, begann die Schule gerade damit, Kinder mit Förderbedarf aufzunehmen.

Die neuen Betreiber setzten früh darauf, die Kriterien der DGE (s. S. 16 ff.) einzuhalten, zumindest für eines der beiden täglichen Menüs. Nach zwei Jahren war es soweit: 2013 erreichte die Mensa die erste Zertifikatstufe „Schule + Essen = Note 1“. „Die Standards sind recht hoch und ziemlich kompliziert“, erzählt Küchenleiter Bötel, kurz bevor um 14 Uhr die Jalousien der Essensausgabe heruntergehen. „Alle zwei Jahre wird die Zertifizierung wiederholt. Beim letzten Mal hatten wir 100 Prozent!“ Jetzt fehlt nur noch das höhere Premium-Zertifikat. „Für mich war es zuerst ein Rätsel, wie man so viele Leute frisch bekochen kann“, sagt der 52-Jährige. „Aber es funktioniert.“

Bunte Poster an der Mensawand zeigen, was zum Funktionieren beiträgt: „Unser Gemüse: regionaler Anbau“, steht dort. Oder: „Unsere Kräuter: frisch aus der Klostergärtnerei“. Die Stiftung Neuerkerode baut nämlich einige der in der Mensa verwendeten Zutaten selber an. Das macht es leichter, jeden Tag frisch zu kochen, mit hohem Anteil regionaler und saisonaler Produkte, teils sogar in Bioqualität.

„Der Anfang war schon hart“, erinnert sich der vollbärtige Koch mit Baseballmütze. Ein Kind, das offenbar nur Fastfood kannte, soll mal gefragt haben: „Was ist denn das Gelbe?“ Es waren Salzkartoffeln. Aber nach und nach, so Bötels Erfahrung, gewöhnen sich die meisten an das gesündere Essen. „Wenn es immer wieder auf dem Speiseplan steht, probieren sie es doch mal. Steter Tropfen höhlt den Stein.“ Auch Lara und Kay bestätigen: Vielen sei durchaus klar, wie wichtig gesunde Mahlzeiten seien.

Es kann ja auch langweilig werden, immer nur dieselben ungesunden Leibgerichte zu essen. Einige Familien haben es mal ausprobiert: Vor dem Einstieg der Neuerkeröder durften ihre Kinder zwei Wochen lang den häuslichen Speiseplan bestimmen. Am Ende, so erzählt Düwel, hatten sie doch nicht mehr jeden Tag Lust auf Pommes, Pizza und Pasta.

## „Es schmeckt nie allen“

„Pommes gibt es bei uns gar nicht“, berichtet Bötel. „Dafür aber Kartoffelecken aus frischen Kartoffeln.“ An Hamburgern „kommt man allerdings nicht vorbei“, findet er. „Ein bisschen muss man sich auch anpassen.“ Aber wenn schon Hamburger, dann mit frischem Salat. Und wenn schon Currywurst, dann möglichst in Bioqualität. Bötel bleibt allerdings Realist: „Es gibt auch Kinder, die wollen kein Gemüse, keinen Salat. Die meisten bekehren wir, aber nicht alle.“

Rückmeldungen bekommt er auch durch ein Computerterminal, an dem die Mensagäste nach dem Essen ihr Urteil abgeben können. Etwaige Kritik nimmt Bötel nicht persönlich: „Jeder

Fotos: Eckhard Stengel

**Nach und nach, so die Erfahrung von Küchenchef Thomas Bötel, der seit vielen Jahren an der Sally-Perel-Gesamtschule in Braunschweig täglich bis zu 700 Schülerinnen und Schüler bekocht, gewöhnen sich die meisten an das gesündere Essen.**

**„Es gibt oft nur kleinere Sachen zu kritisieren“, erzählt Lara (12), die zu den sogenannten Probierschülern an der Braunschweiger Sally-Perel-Gesamtschule zählt, die das Mensaessen regelmäßig „vorkosten“.**

Mensch schmeckt anders. Es schmeckt nie allen.“

Dass gesünderes Essen nicht übermäßig teuer sein muss, zeigt die Entwicklung der Mensapreise: Beim Einstieg der Neuerkeröder 2011 mussten die Gäste 3,30 Euro pro Gericht zahlen. Heute sind es 3,55 Euro. Laut Düwel hängen die moderaten Preise auch damit zusammen, dass für die Menschen mit Handicaps im Küchendienst Zuschüsse fließen, ebenso wie für eine Person mit Beeinträchtigungen, die vom Mensaverein eingestellt wurde. Diesen haben Eltern gegründet, um die Aufsicht in der Mensa und die Buchhaltung zu übernehmen. Bei säumigen Zahlern kann er notfalls auch Mahnverfahren in Gang setzen, was die Schule selbst nicht so unbürokratisch erledigen könnte.

Früher sollen sich einzelne Eltern schon mal beschwert haben, weil ihre Kinder nicht mehr zu Hause essen wollten: In der Schule schmecke es viel besser. Kommen nicht auch Eltern selber auf den Geschmack, nach dem Vorbild der Schule gesünder zu kochen? Düwel macht sich da keine Illusionen. „Wir hoffen, dass es mindestens bei den Schülerinnen und Schülern ankommt. Für die Eltern sind wir nicht zuständig. Versuche, Erwachsene zu erziehen, sind meist zum Scheitern verurteilt.“ Auch Düwel geht jeden Tag zum Essen in die Mensa. „Es ist lecker, und man wird nicht dick davon.“

Eckhard Stengel,
freier Journalist

## Vorreiter Bremen

Als bundesweites Vorbild für die Einführung gesünderer Mensagerichte ohne Billigfleisch sieht sich Bremen. Schon seit 2010 werden neue Schulmensa-Konzessionen nur noch an Betreiber vergeben, die die Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung einhalten. 2018 wurden diese Kriterien für alle Kita- und Schulmensen verbindlich. Außerdem beschloss der damalige rot-grüne Senat, dass die kommunalen Kitas und Schulen bis Ende 2022 ihr komplettes Essensangebot schrittweise auf Bioprodukte (möglichst aus der Region) umstellen müssen. Mit diesem „Aktionsplan“ wollte die Koalition ein Zeichen für gesündere Ernährung und gegen Massentierhaltung setzen. Vorangegangen war ein Bürgerantrag „gegen Billigfleisch in der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung“, den bereits 2016 mehr als 5.000 Menschen unterschrieben hatten.

Mitte 2020, ungefähr zur Halbzeit des Umstellungsprozesses, berichtete der mittlerweile rot-grün-rote Senat, dass es beim Stand der Umstellung eine große Streubreite zwischen den einzelnen Einrichtungen gebe. Der grüne Bürgerschaftsabgeordnete Jan Saffe sagte dem „Weser-Kurier“, es gebe zwar durchaus erfreuliche Entwicklungen, aber insgesamt sei es „erschütternd, wie wenig weit man noch ist“. stg

**www.biostadt.bremen.de**

# Gesunde Ernährung im Unterricht

**// Eine bewusste und gute Ernährung ist ein wesentlicher Baustein für ein gesundes Leben. Um Kindern und Jugendlichen schon früh wichtige Kenntnisse und Praxiserfahrungen zu vermitteln, befassen sich die Schulen an verschiedenen Stellen im Unterricht mit der Ernährungsbildung. Eine E&W-Umfrage bei den Bildungsministerien der Bundesländer zeigt, dass gesunde Ernährung in allen Altersstufen und in verschiedenen Fächern ein Thema ist – häufig auch fächerübergreifend. //**

Sachunterricht in der Grundschule, Biologie in den weiterführenden Schulen: Das sind zwei der prädestinierten Fächer, in denen sich Kinder und Jugendliche mit Aspekten wie ausgewogener Ernährung, gesundheitsgerechtem Verhalten und nachhaltigem Umgang mit Ressourcen auseinandersetzen. Unter anderem in Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt beschäftigen sich Jungen und Mädchen schon in den ersten vier Schuljahren mit Ernährungsgewohnheiten, gesundheitsschädigenden und gesundheitsfördernden Faktoren sowie dem sorgsamen Umgang mit dem eigenen Körper. In der Sekundarstufe I wird dieser Themenkomplex dann häufig im Fach Biologie vertieft und fortgeführt, zum Beispiel durch Informationen zum Stoff- und Energiewechsel des Menschen. Ergänzend lassen sich auch weitere Aspekte wie Nachhaltigkeit und soziale Verantwortung bearbeiten.

In manchen Bundesländern, so zum Beispiel in Berlin, Brandenburg und Niedersachsen, sind die Themen Ernährung, Lebensmittel und Verbraucherschutz Querschnittsthemen, die im gesamten Fächerkanon aller Altersstufen aufgegriffen werden können. Zu den Schwerpunkten einer umfassenden unterrichtlichen Einbindung gehört das Fach Wirtschaft-Arbeit-Technik (WAT, in Niedersachsen AWT). Auch in anderen Fächern wie Chemie, Sport, Gesellschaftslehre, Erdkunde, Hauswirtschaft oder Ethik/Religion werden entsprechende Bezüge hergestellt. Was die Nutzung von Unterrichtsmaterialien angeht, teilt das Bildungsministerium des Saarlands exemplarisch mit: „In der Regel wird für die Umsetzung im Unterricht das jeweils eingeführte Schulbuch verwendet. Die Auswahl und der Einsatz von weiteren Unterrichtsmaterialien gehören zur pädagogischen Verantwortung der Lehrkräfte.“ Unter anderem hat die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung verschiedene Medien für die unterschiedlichen Jahrgangsstufen im Angebot.

Einige Länder haben darüber hinaus zusätzliche Möglichkeiten entwickelt, die Bedeutung des Themenfeldes in der Schule weiter zu stärken. So hat Bayern zum jetzt anlaufenden Schuljahr das Konzept „Schule fürs Leben“ neu eingeführt, das eine verstärkte Vermittlung von Alltagskompetenzen im Unterricht zum Ziel hat: Dabei zählen zu den fünf benannten Handlungsfeldern auch die beiden Bereiche Ernährung und Gesundheit. In Bremen gibt es einen Aktionsplan „Gesunde Ernährung“, in dessen Rahmen unter anderem Fortbildungen für Lehrkräfte angeboten werden und bis 2022 eine Umstellung der schulischen Essensangebote auf Bioprodukte erfolgen soll (s. Infokasten S. 9). In Baden-Württemberg ist das Thema Ernährung in drei von sechs verbindlichen Leitperspektiven fest verankert, die in allen Fächern und an allen Schulen gelten. Weitere Aspekte einer guten und nachhaltigen Ernährung werden zudem im Wahlpflichtfach „Alltagskultur, Ernährung und Soziales“ vermittelt, das in der Sekundarstufe I in den Klassen 7 bis 10 unterrichtet wird. In Nordrhein-Westfalen kann das Fach Ernährungslehre in das Kursangebot für die gymnasiale Oberstufe aufgenommen und als Abiturfach belegt werden. Vielerorts gibt es außerdem Kooperationen mit externen Partnern, zum Beispiel für den Besuch von Bauernhöfen. In Schleswig-Holstein etwa haben sich mehr als 40 landwirtschaftliche Betriebe für das Projekt „Schulklassen auf dem Bauernhof“ registrieren lassen, für das die Landesregierung in diesem Jahr Mittel zur Verfügung stellt.

Bundesweit steht an Schulen, die über eigene Küchen verfügen, zumeist auch Kochen auf dem Programm – entweder im regulären Unterricht oder als AG-Angebot. In Thüringen beispielsweise können weiterführende Schulen im Wahlpflichtbereich ein Fach nach einem schulinternen Lehrplan einrichten: Mehrere Schulen haben diese Möglichkeit aufgegriffen und ein Fach eingeführt, in dem unter anderem gemeinsam gekocht wird. Und wo es einen eigenen Schulgarten gibt, werden die selbst angebauten Lebensmittel auch direkt verarbeitet. So haben in Sachsen gut 1.000 der rund 1.400 Schulen einen Garten, beim Schulgartenwettbewerb des Landes haben seit 1993 mehr als 100.000 Schülerinnen und Schüler mitgemacht. Viele deutsche Schulen beteiligen sich darüber hinaus an Programmen wie dem Ernährungsführerschein, dem „SchmExperten“-Bildungsmodul, dem Schulprogramm der Europäischen Union zur Versorgung mit Milch, Obst und Gemüse oder dem in mehreren Bundesländern angebotenen jeweiligen „Landesprogramm Gute Gesunde Schule“.

Anne-Katrin Wehrmann,
freie Journalistin

**www.bzfe.de**

# FRONTAL-UNTERRICHT

**111 Jahre Jugendherberge: #anders als du denkst**

DJH

gemeinschaft erleben

jugendherberge.de

# Gourmets im Kita-Restaurant

Fotos: Christoph Boeckheler

**Donatella Piroddi kocht seit zwölf Jahren für die Drei- bis Sechsjährigen in der Erich-Kästner-Kita im hessischen Dreieich-Sprendlingen. „Ich probiere viel aus, beobachte die Kinder und merke schnell, was schmeckt und was nicht", sagt sie.**

**// Kleine Kinder können sehr wählerisch sein, wenn es ums Essen geht. Mit den richtigen Zutaten und einem nachhaltigen Ernährungskonzept lassen sich aber die meisten auf einen gesunden Speiseplan ein. //**

Petra war die Sarah Wiener der Kita. Was die Köchin jeden Tag auf den Tisch zauberte, war nicht nur frisch und gesund, es wurde auch mit Begeisterung gegessen. Spinat, Blumenkohl, Brokkolisuppe – die Kinder schaufelten alles begierig in sich hinein. Euphorie auch bei den Eltern, zumindest am Anfang. Dann stellten sie fest, dass Ben, Selma und Lisa zu Hause weiter Gemüse aussortierten und am liebsten Nudeln ohne Soße aßen. Auch das Kita-Kochbuch mit Petras Rezepten brachte keinen Erfolg, weil das Nachmachen nicht zu 100 Prozent gelang. Es war so, als hätte man plötzlich Paul Bocuse persönlich am Tisch sitzen. Das Kind schmeckte jede Zutatenänderung heraus und ließ das Essen stehen.

Es gibt in deutschen Kitas viele Petras, die über ähnliche Erfahrungen berichten, ebenso gibt es viele Bens, Selmas und Lisas sowie Eltern, die am Essverhalten ihrer Kinder verzweifeln.

Die Gourmet-Köchin der städtischen Kita Erich-Kästner im hessischen Dreieich-Sprendlingen heißt nicht Petra, sondern Donatella Piroddi. Aber auch hier fragen Eltern nach, wie sie das nur macht: gesundes Essen so zubereiten, dass es den meisten Kindern gut schmeckt. Seit zwölf Jahren bekocht sie die Drei- bis Sechsjährigen – und hat in all den Jahren viel Erfahrung gesammelt. „Ich probiere viel aus, beobachte die Kinder und merke schnell, was schmeckt und was nicht", sagt sie. Sogar Fisch kommt hier regelmäßig auf den Tisch, etwa Lachs, den sie sanft gart und nur mit Salz und Pfeffer würzt. Eltern rät sie, die schwere Dill-Sahnesoße besser wegzulassen, damit sich die Kinder auf den Eigengeschmack der Lebensmittel konzentrieren können. Und: Gemüsesuppe geht immer, wenn sie püriert ist.

## Tomaten im Hofgarten

Es sind aber nicht nur die Kochkünste von Piroddi, die den Unterschied ausmachen. Die Kita-Mitarbeiterinnen kaufen zusammen mit den Kindern Bioprodukte im Bauernhofladen oder auf dem Markt ein, im Hof haben sie Tomaten, Heidelbeeren, Himbeeren und Erdbeeren angepflanzt. Außerdem speisen die Kinder seit rund vier Jahren nicht mehr in ihren Gruppenräumen, sondern mit ihren Erzieherinnen in einem eigenen Kita-Restaurant.

„Essen muss ein Genuss sein", sagt Kita-Leiterin Martina Becker-Kallausch. Sie sitzt auf einem Hocker zwischen Küche und Restaurant und beobachtet um kurz nach zehn Uhr die letzte Frühstücksgruppe an diesem Tag. Eigentlich können sich die Kinder an einem Buffet bedienen, aber in Corona-Zeiten sind die Abläufe etwas anders. Es gibt Obst, Vollkornbrot mit Frischkäse – und heute auch Marmelade. Die süßen Aufstriche gibt es nur einmal pro Woche.

Jeweils vier Kinder können im Restaurant an einem Tisch sitzen. Die Rückenlehnen sind extra hochgezogen worden, sodass jede Gruppe in Ruhe essen kann. An der Decke hängen kleine Kronleuchter, die sich die Mädchen und Jungen selbst ausgesucht haben. Man würde sich in dieser Atmosphäre nicht wundern, wenn gleich ein Kellner mit ledergebundenen Speisekarten an den Tisch käme und seine Empfehlungen abgäbe. „Früher hatten wir einen Caterer und mussten das gebrachte Essen aus der

Küche in alle Räume verteilen“, sagt Becker-Kallausch: „Ein Riesenaufwand.“ Außerdem sei es für die Kinder wichtig, einen eigenen Platz zum Essen zu haben. „Zu Hause wird doch auch im Esszimmer oder der Küche gegessen – und nicht im Kinderzimmer oder auf dem Flur.“

## Milchschnitten sind tabu

Damit das Ernährungskonzept nachhaltig wirkt, hat die Kita Mitbringsel von zu Hause verboten. Die geliebte Milchschnitte und süße Getränke sind tabu – auch für die Mitarbeiterinnen. Da lässt sich Becker-Kallausch auf keine Diskussion ein: „Bei uns läuft niemand mit der Colaflasche rum, und gegessen wird mit den Kindern im Restaurant. Wir Erwachsenen haben eine große Vorbildfunktion.“

Von heute auf morgen hat die Umstellung auf ein ganzheitliches Ernährungskonzept allerdings nicht geklappt. Es habe viele Debatten im Team gegeben, erzählt die Kita-Leiterin: „Es dauerte etwa ein Jahr, bis alles gut lief.“ Zur Unterstützung bot die Stadt Dreieich Fortbildungen für die Erzieherinnen an, bei denen es um die Verzahnung von Pädagogik, Raumkonzept und Bildung ging. Auch Bewegung ist ein großes Thema in der Einrichtung. Das eigentlich zu kleine Außengelände wurde umgestaltet. Wo früher eine Art Sandwüste war, gibt es jetzt ein kleines Fußballfeld, einen Kletterturm, eine Werkstatt und Platz für einen Roller-Parcours.

## Ernährungsbildung in der Kita

Ernährungsgewohnheiten sind sehr langlebig und schwierig zu ändern. Deshalb haben Kindertagesstätten neben dem Elternhaus eine besondere Chance, Kindern in ihren ersten Lebensjahren Lust auf gutes und gesundes Essen zu machen. Im Idealfall kann das die Basis für ein günstiges Essverhalten legen, das ein Leben lang andauert. Deshalb gehört die Ernährungsbildung auch zum allgemeinen Bildungsauftrag der Kindertageseinrichtungen. Werden Essen und Trinken in die pädagogische Arbeit eingebettet, heißt es beim Nationalen Qualitätszentrum für Ernährung in Kita und Schule*, könne das dauerhaft Selbstständigkeit und Selbstwirksamkeit stärken (s. S. 18 f.).

Da das Essverhalten der Kinder im Vorschulalter stark durch Imitation geprägt wird, ist auch die Rolle der Erzieherinnen und Erzieher entscheidend. Allein Wissen über Ernährung sei für die meisten Kinder irrelevant, heißt es bei der Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung „in form“: „Entscheidend ist die Vorbildfunktion von Erziehungsberechtigten und pädagogischen Fachkräften.“

Konkret kann Ernährungsbildung in Kindertagesstätten Folgendes bedeuten:

- Kinder essen gemeinsam mit Erzieherinnen und Erziehern
- mit Kindern über Vorlieben und Abneigungen sprechen
- neue Rezepte gemeinsam ausprobieren
- Gemüse, Obst oder Kräuter anbauen
- eine gute Tischatmosphäre schaffen
- Eltern in die Ernährungsbildung einbeziehen
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fortbilden

Orientierung gibt auch der Qualitätsstandard der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (s. S. 16 f.). Die Initiative „in form“** bietet einen Online-Speisenplancheck „Fit Kid“ an, mit dem Kindertageseinrichtungen ihr Mittagessensangebot checken lassen können.

K. I.

Bewegung, Pädagogik, Ernährung – wenn alles rund läuft, greift das eine ins andere. Dazu gehört auch, dass die Kinder lernen, dass Essen mehr ist als lediglich Nahrungsaufnahme, dass ihr Körper auf bestimmte Lebensmittel angewiesen ist und dass es dabei auch um nachhaltige Erzeugung, Tierwohl und Ressourcenverbrauch geht. Auch wenn die Mädchen und Jungen mit den Begriffen nichts anfangen können, verstehen sie spätestens nach dem Besuch beim Biobauernhof in der Nähe, wo Kartoffeln und Möhren herkommen, wie Rinder oder Hühner gehalten werden müssen, damit sie sich wohlfühlen.

Und noch eine Regel existiert in der Kästner-Kita: die Ausnahme von der Regel. Es gibt Wunschtage, an denen nicht nur Vollkornbrot, fettarmer Frischkäse und Brokkoli erlaubt sind, sondern auch Waffeln, Pizza oder Sandwichs gegessen werden. „Wunsch ist Wunsch“, sagt Becker-Kallausch: „Da gibt es bei uns keine vorgespielte Partizipation.“

Das Fremdwort kennt der sechsjährige Luca vermutlich nicht. Aber er hat verstanden, dass die Erwachsenen nicht immer allein bestimmen, was auf den Tisch kommt. Was hätte es denn heute zum Frühstück gegeben, wenn er Chef im Kita-Restaurant wäre? Luca denkt nicht lange nach: „Pfannkuchen.“

Katja Irle,
freie Journalistin

**Manches Obst und Gemüse wird in der Kita in Dreieich-Sprendlingen selbst angebaut. Zum Ernährungskonzept der Einrichtung gehört auch, dass die Kinder zusammen mit den Erzieherinnen in einem eigenen Kita-Restaurant essen.**

***Nationales Qualitätszentrum für Ernährung in Kita und Schule: www.nqz.de**
****In form – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung: www.fitkid-aktion.de**

# „Essen nicht stigmatisieren“

**// 15 Kinder vom ersten Lebensjahr bis zur Einschulung besuchen die Kita Wildblume in Berlin-Kreuzberg. Nilda Bezerra kocht für sie – vegetarisch, regional, biologisch. Alle Kinder essen mit. Wie macht sie das? //**

**E&W:** Wenn Sie morgen kochen, was wird es geben?
**Nilda Bezerra:** Grünkernbratlinge. Auf der Basis von Grünkernen, mit Eiern und geraspeltem Gemüse: Zucchini, Karotten, Pastinaken und Kartoffeln.
**E&W:** Die Kinder essen das?
**Bezerra:** Ja, Kinder essen sehr gerne Bratlinge, auch zum Beispiel in der Hafer-Käse-Variante. Von denen kann ich gar nicht genug machen.
**E&W:** Woher kommt der verbreitete Glaube, Kinder hätten nicht gerade eine innige Verbindung zu derlei?
**Bezerra:** Mein Eindruck ist: Das hat viel mit der Haltung der Familie zu tun. Auch hier erklären „neue“ Eltern gelegentlich, einen Gemüseteller würde ihre Tochter oder ihr Sohn nicht anrühren. Oft stimmt das gar nicht. Die Kinder sehen, dass alle essen, und essen mit. In schlechteren Fällen allerdings überträgt sich eine ablehnende Haltung der Eltern auf das Kind. Es gibt so etwas wie eine Ernährungssozialisation. Es ist wichtig, Essen nicht zu stigmatisieren.
**E&W:** Den Trick, Gemüse klein geraspelt in der Soße verschwinden zu lassen, wenden Sie gar nicht an?
**Bezerra:** Doch, ich rasple auch Gemüse in Soßen. Und: Nicht alle Kinder essen alles. Darauf bestehen die Erzieherinnen auch nicht – und ich ebenfalls nicht. Was ein Kind nicht mag, bleibt liegen. Wo immer es geht, achte ich darauf, zum Beispiel verschiedene Gemüsesorten nicht übereinander zu legen, sondern getrennt anzurichten. So gibt es eine Wahlmöglichkeit. Und auch das Liegengebliebene bieten wir beim nächsten Mal wieder an: Wenn ein Kind dreimal keinen Kohlrabi anrührt, dann vielleicht beim vierten Mal. Geschmack zu entwickeln, ist auch ein Prozess.
**E&W:** Wie und wo kaufen Sie ein?
**Bezerra:** Haltbares wie Nudeln und Mehl bestellt der Kita-Träger. Alles Frische kaufe ich jeden Morgen ein und bringe es mit. Dann koche ich für diese und eine weitere Kita. Viel Zeit ist nicht, aber die Kinder können hereinkommen, in die Töpfe schauen, Fragen stellen. Mittags essen wir gemeinsam: die Kinder, die Erzieherinnen und ich. All das trägt dazu bei, eine Beziehung aufzubauen – auch zu dem Wissen, dass jede Kartoffel auf dem Teller angebaut, geerntet, geschält und gekocht wurde. Darüber sprechen wir nicht ständig. Doch ich glaube, es gelingt uns, den Kindern Respekt davor zu vermitteln, was es braucht, bis ein Essen auf dem Tisch steht.
**E&W:** Was ist eigentlich gesundes Essen, nach welchen Kriterien kochen Sie?
**Bezerra:** Ich bin weder gelernte Ernährungsexpertin noch Köchin; meine Liebe zum Kochen rührt aus meiner Kindheit in Brasilien. Mein Vater hat sehr gern gekocht; was heute „regionale Küche“ heißt, war in unserem Dorf selbstverständlich. Mein Ziel ist im Verlauf der Woche eine ausgewogene Mischung: aus Nudeln, Kartoffeln, Reis, Hirse, Polenta. Dazu gibt es täglich frisches Gemüse, zweimal in der Woche Nachtisch, all das vegetarisch, biologisch, regional angebaut. Zu verschiedenen Jahreszeiten gibt es also verschiedene Gerichte; im Sommer ist die Vielfalt größer als im Winter.
**E&W:** Bestimmen die Kinder mit, was gegessen wird?
**Bezerra:** Ja, seit einigen Jahren. Von allen Gerichten gibt es Fotos, jeden Freitag sprechen die Erzieherinnen mit den Kindern, was sie sich in der kommenden Woche wünschen. Allerdings muss man ehrlicherweise sagen, dass die Mitbestimmung Grenzen hat: Manches steht weitgehend fest; montags gibt es immer Nudeln, freitags Suppe. Und bei anderen Wünschen schaue ich, dass die Mischung stimmt, es zum Beispiel nicht dreimal Weizenmehl-Gerichte gibt. Oder Schokopudding. Denn den wünschen sich die Kinder natürlich. Und es gibt ihn auch manchmal. Doch auch Wassermelone ist ein Nachtisch.
**E&W:** Was kostet so ein Mittagessen?
**Bezerra:** Genau kann ich das nicht sagen, weil Grundnahrungsmittel in größeren Mengen vom Träger bestellt und gelagert werden. Ich selbst kaufe jede Woche für rund 250 Euro ein; das entspricht bei je 40 Mittagessen an fünf Tagen 1,25 Euro pro Essen. Im Grunde macht ja das bereits deutlich: Am Geld muss gesunde Ernährung nicht scheitern.

Interview: Jeannette Goddar, freie Journalistin

Foto: Kay Herschelmann

**Nilda Bezerra**

# Die bessere Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst.

## Ihre Vorteile auf einen Blick

- **Speziell ausgebildete Berater** für den öffentlichen Dienst
- **Attraktive Produktvorteile** wie z. B. 0,– Euro Girokonto[1] für Berufsstarter, Zinsrabatte für Finanzierungen und günstige Versicherungstarife
- **Exklusive Vorteilsangebote** für Mitglieder von Gewerkschaften und Verbänden
- **Informative Ratgeber und regelmäßige Newsletter** mit aktuellen Informationen aus dem öffentlichen Dienst
- **Interessante Veranstaltungen** wie z. B. Exklusive Abende für den öffentlichen Dienst oder Fachvorträge
- **Seit fast 100 Jahren Erfahrung und Kompetenz** als Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst

[1] Voraussetzungen: BBBank-Junges Konto mit Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen, Genossenschaftsanteil von 15,– Euro/Mitglied ab 18 Jahren. Bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres. Danach erfolgt die Umwandlung in ein Girokonto mit monatlichem Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.; Eingang Ausbildungsvergütung bzw. Gehalt/Bezüge ab Ausbildungsbeginn/Berufsstart. Stand: 01.07.2020

## Interesse geweckt?

**Wir sind für Sie da:**
in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon 0721 141-0,
E-Mail info@bbbank.de
und auf www.bbbank.de/gew

**Folgen Sie uns**

GEW Vorteile für GEW-Mitglieder!

BB Bank
Better Banking

Cartoon: Freimut Woessner

# Zäher Kampf gegen Döner und Fischstäbchen

**// Die Qualitätsstandards für Kita- und Schulessen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) werden in immer mehr Bundesländern umgesetzt. Doch gegen den Siegeszug von Fastfood und künstlichen Aromen hat es gesunde Ernährung schwer. //**

Wer mit seiner Familie essen geht, macht zuweilen eine erstaunliche Erfahrung. Während die Erwachsenenkarte nüchtern die Gerichte aufzählt, wird es bei den Kindern lyrisch. Doch unter der Rubrik „Für die kleinen Genießer" findet sich meist höchst Banales wie Fischstäbchen („Aus Neptuns Reich") oder Pommes („Biene Maja"). Einen anderen, schonungslos ehrlichen Weg geht das Restaurant „Matsch" im sächsischen Plauen. Hier heißen die Kindergerichte „Ich will das nicht" (Fischstäbchen mit Kartoffelstampf und Gemüse) oder „Hab keinen Hunger" (Nudeln mit Tomatensauce).

Kinder, das wissen nicht nur die genervten Restaurantchefs, gehören zu den schwierigsten Essern. Umso anspruchsvoller ist es, für sie in einer Kita- oder Schulmensa zu kochen. Zumal es sich die Verantwortlichen für den Speiseplan nicht so einfach machen können wie mancher Gastronom, der schamlos auf Pommes und Tiefkühlklassiker setzt. Denn die gleichen Eltern, die im Restaurant bereitwillig kapitulieren, würden auf die Barrikaden gehen, wenn die fettstarrenden Kalorienbomben in der Schulmensa serviert würden.

Und das aus gutem Grund. Der Kinder- und Jugendgesundheitssurvey (KiGGS), eine Langzeitstudie des Robert-Koch-Instituts, kommt zum Ergebnis, dass in Deutschland 15 Prozent der Kinder und Jugendlichen übergewichtig sind, 6,3 Prozent sind adipös. Grund dafür ist eine von der Lebensmittelindustrie geförderte viel zu fette, viel zu süße Ernährungsweise. Das sagt der Ernährungsjournalist Manfred Kriener in seinem Buch „Leckerland ist abgebrannt, Ernährungslügen und der rasante Wandel der Esskultur" (Verlag S. Hirzel, 2020). Ein 250-Gramm-Becher Kirschjoghurt enthalte elfeinhalb Würfelzucker, ein Liter Orangensaftgetränk 80 Gramm Zucker – beides sind Lebensmittel, die in Tests von Eltern als „eher gesund" eingestuft

wurden. Kochexperten wie Johann Lafer oder Sarah Wiener, die unter anderem in Schulen kochen, klagen denn auch darüber, dass viele Kinder zum Teil in zweiter Generation nicht mehr mit wirklich selbst zubereitetem Essen in Berührung gekommen sind. Mit der fatalen Folge, dass ihnen eine echte Erdbeere im Vergleich zum penetranten Geschmack des „Frucht"-Gummis als unecht vorkommt. Kriener schreibt das der Lebensmittelindustrie zu, die die Kids mit riesigen Werbeetats auf Zucker, Fett und künstliche Aromen eiche.

## Getreide, Obst, Gemüse

Dass diese Essgewohnheiten den gesellschaftlichen Rahmen bilden, in dem die Ernährung in Schulen und Kitas stattfinden muss, macht die Aufgabe nicht leichter. Der Qualitätsstandard für Kita- und Schulessen, den die DGE 2018 vorgestellt hat, versucht, all dem trotzdem Rechnung zu tragen: „Die Akzeptanz kann nur steigen, wenn das Angebot die Geschmacksvorlieben der Schüler berücksichtigt", sagt Ernestine Tecklenburg, Leiterin des Referats Gemeinschaftsverpflegung der DGE. Neben einer „appetitanregenden Präsentation" und einer 60-minütigen Pausenzeit empfiehlt die DGE Getreide, Obst und Gemüse als Hauptbestandteile, mageres Fleisch oder Fisch bilden die Ergänzung, nicht die Hauptbestandteile der Gerichte. Bei Nudeln sind Vollkornprodukte zu bevorzugen. Tiefkühlgemüse ist natürlich möglich, da es jede Kantine überfordern würde, für Hunderte Kinder Brokkoli zu putzen. Der Einsatz von Fertigsaucen oder Obstkonserven ist aber nicht angeraten. „Durch die Gewöhnung an einen standardisierten Geschmack, zum Beispiel durch Geschmacksverstärker, kann der Sinn für die Geschmacksvielfalt natürlicher Lebensmittel verloren gehen", so die Begründung der DGE, die hier ganz im Sinne von Kriener argumentiert.

Um dem erwartbaren Argument zu begegnen, dass Großküchen, die nach dermaßen ambitionierten Kriterien kochen, ein Kostenproblem bekommen, hat die DGE ihren Qualitätsstandard in der „Studie zu Kosten- und Preisstrukturen in der Schulverpflegung" (KuPS), durchgerechnet. Mit dem Ergebnis, dass in den unterschiedlichen Bereichen – abhängig von der Zahl der gekochten Mahlzeiten und dem Grad an eingesetzten Convenience-Produkten – die Kosten nur marginal steigen. So erhöht sich der „kalkulatorische Preis", der die Selbstkosten deckt, um lediglich vier Cent – und das beim Einsatz von immerhin 20 Prozent Bioprodukten (s. S. 18 f.). Die von der DGE aufgestellte Kostenrechnung geht allerdings nur auf, wenn eine Mindestanzahl an Schulessen nicht unterschritten wird. Je höher die Akzeptanz, desto besser also für die Finanzen auch der öffentlichen Haushalte.

Derzeit sind es nach Angaben der DGE allerdings erst drei Bundesländer, die den DGE-Standard für Schulen verpflichtend vorgeschrieben haben: Hamburg, Berlin und das Saarland. Bremen geht noch einen Schritt weiter und will bis 2022 das Kantinenessen komplett auf Bio umstellen (s. Kasten S. 9). Baden-Württemberg und Bayern gewähren Zuschüsse für Kommunen, die den Standard einführen wollen. Ulrike Arens-Azevedo, Professorin für Ernährungswissenschaften in Hamburg (s. Gastkommentar S. 2), weiß, dass 50,3 Prozent aller Schulen den DGE-Standard gegenüber dem Caterer einfordern. Immerhin.

## Selbst gekocht wird selten

Dass die Umsetzung der 2018 vorgestellten Standards vielerorts noch langsam vonstatten geht, dürfte weniger an den nur geringfügig höheren Kosten liegen als an der Tatsache, dass in den meisten Kitas und Schulen nicht selbst gekocht wird: 57,7 Prozent der Einrichtungen vertrauen auf die „Anlieferung von Warmverpflegung*", so Stephanie Klein von der DGE. Arens-Azevedo hat zudem errechnet, dass in 80,8 Prozent der Schulen eine Vorbestellung nötig ist. Das ist ungünstig, denn um die Zahl der Mensa-Mahlzeiten zu erhöhen, sollten auch spontane Esser bedient werden können. Dass die Pausenzeit oft nur bei 20 oder 30 Minuten liegt, statt der empfohlenen 60 Minuten, ist auch nicht eben förderlich. Wer nicht einmal eine Viertelstunde Zeit zum Essen hat, entscheidet sich eher für Fastfood als für Hauptgang, Salat und Dessert.

Überhaupt Fastfood: Die Konkurrenz durch Döner, Pizza und Burger scheint selbst dort manchmal übermächtig, wo die flächendeckende Einführung gesunden Schulessens gelungen ist. Das zeigt das Beispiel Offenburg, das die „Badische Zeitung" recherchiert hat. In der 60.000-Einwohner-Stadt beliefert ein Caterer zehn Schulmensen und sieben Kinderbetreuungseinrichtungen nach DGE-Standard und bietet zwei Menüs an, davon ein vegetarisches. Bei 8.800 Essen pro Tag liegt der Preis für die Eltern bei 3,85 Euro pro Menü, seit September zahlt die Stadt 2,84 Euro zu.

3,85 Euro mögen am oberen Ende dessen sein, was manche Familien ausgeben können, teurer als die in der Mittagszeit so beliebten Döner ist die Schulmahlzeit aber nicht. Das weiß auch der Offenburger CDU-Politiker Jess Haberer. Die nach DGE-Kriterien zubereiteten Mahlzeiten seien qualitativ gut. Man müsse allerdings in Rechnung stellen, „dass es viele Ungehorsame gibt, die zum nächsten Döner gehen". Auch die „Süddeutsche Zeitung" fragt, ob die Essgewohnheiten der Jugendlichen einer gesünderen Schulernährung nicht Grenzen setzten: „Nur weil es gesundes Essen gibt, ernähren sich Kinder nicht gesund. Der Weg von Fischstäbchen und Schnitzeln bei Mama zu Kabeljau und Wirsing in der Großkantine ist weit."

Christoph Ruf,
freier Journalist

***Unter Warmverpflegung wird verstanden, dass das Essen in einer Zentralküche produziert und anschließend warm zu den Kitas bzw. Schulen transportiert wird. Kritisch bei diesem Verpflegungssystem sind lange Transportwege, da die Speisen sowohl in ernährungsphysiologischer als auch sensorischer Hinsicht leiden (Nährstoffverluste, Veränderungen von Farbe, Beschaffenheit und Geschmack). Lange Transportzeiten sind auch in hygienischer Hinsicht problematisch, wenn die Temperatur des Essens unter 65°C sinkt.**

**www.dge.de**
**Studie zu Kosten- und Preisstrukturen in der Schulverpflegung (KuPS): bit.ly/studie-kups-pdf**

# Qualität hat ihren Preis

**// Schülerinnen und Schüler sollten mehr an der Gestaltung der Schulverpflegung beteiligt werden, meint Anke Oepping, Leiterin des Nationalen Qualitätszentrums für Ernährung in Kita und Schule*. //**

**E&W:** Was sollte ein gutes Schulessen kosten?

**Anke Oepping:** Vorweg eine Klarstellung: Nach außen sichtbar ist lediglich der Abgabepreis oder Elternbeitrag. Er liegt an Grundschulen im Durchschnitt bei 3,22 Euro, an weiterführenden Schulen bei 3,45 Euro. Die tatsächlichen Kosten im Hintergrund, die Schule, Caterer und Kommune aufbringen, sind erheblich höher und liegen bei etwa 5,40 Euro. Wenn wir über Qualität sprechen, sind die Kosten kein guter Indikator. Es gibt eine Fülle Faktoren, die Kosten erzeugen, aber nicht mit mehr Qualität einhergehen. Die Studie zu Kosten- und Preisstrukturen in der Schulverpflegung (KuPS) hat gezeigt, dass das Essen im Durchschnitt vier Cent teurer wird, wenn der Qualitätsstandard der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) berücksichtigt wird.

Foto: BLE

**Anke Oepping**

**E&W:** Wie kommt der Abgabepreis zustande?

**Oepping:** Die Länder oder Kommunen legen den Elternbeitrag fest. Da wird geschaut, was politisch gewollt ist und Eltern sich leisten können und wollen. Ergänzend gibt es das Bildungs- und Teilhabepaket, aus dem Eltern Zuschüsse von bis zu 100 Prozent erhalten. In Berlin ist das Schulessen für die Erst- bis Sechstklässler kostenfrei.

**E&W:** Ist Gratis-Schulessen eine gute Lösung?

**Oepping:** Sicher ist die Handhabung und Einflussnahme auf das, was angeboten wird, einfacher, wenn das Geld aus einer Hand kommt. Voraussetzung ist jedoch, dass die Entscheidungsträger in Ländern, Kommunen und Schulen ein Bewusstsein für Qualität haben. Wir sollten darüber sprechen, wie verbindlich Kriterien umgesetzt werden – auch beim Angebot des Essens. Von alleine wird ein Gratisessen nicht zu einem qualitativ hochwertigen Essen.

**E&W:** Was macht „gutes" Schulessen aus?

**Oepping:** Eine sehr gute Orientierung geben in ernährungswissenschaftlicher Hinsicht die DGE-Qualitätsstandards. Sie enthalten zusätzlich Hinweise zur Umsetzung im jeweiligen Setting: Was ist zu berücksichtigen, damit das Essen von den Schülerinnen und Schülern akzeptiert wird, wie lässt sich ein pädagogisches Konzept dazu entwickeln? Was ist bei Raumgestaltung und Pausenzeiten zu beachten? Auf struktureller Ebene ist wichtig, dass alle beteiligten Akteure ihre Konzepte gut abstimmen. Das betrifft vor Ort insbesondere die Zusammenarbeit des Trägers, der für den Rahmen zuständig ist, mit den Angestellten des Schul- oder Kultusministeriums, die im inneren Schulbereich tätig sind.

**Die Qualität des Schulessens hängt maßgeblich davon ab, dass die Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung bei der Herstellung eingehalten werden. Dort, wo sich die Lehrkräfte an der Gemeinschaftsverpflegung beteiligen, ist die Qualität höher.**

Foto: Dominik Buschardt

**E&W:** Gutes Schulessen hängt auch von den Vorgaben und Kriterien des jeweiligen Bundeslandes ab.

**Oepping:** Richtig! Einige Länder wie das Saarland, Berlin und Hamburg haben die Umsetzung der DGE-Standards verpflichtend gemacht. Das erfordert, dass Kontrollstellen eingerichtet und Schulen und Caterer geprüft werden, ob sie die Kriterien einhalten. Bremen hat sich auf die Fahne geschrieben, die Schulverpflegung auf 100 Prozent biologisch erzeugte Lebensmittel umzustellen. Das ist ein Spezifikum, das noch in keinem anderen Bundesland so umgesetzt wird.

**E&W:** Wo sehen Sie weiteren Verbesserungsbedarf bei der Schulverpflegung?

**Oepping:** Schülerinnen und Schüler sollten mehr an der Gestaltung der Schulverpflegung beteiligt werden. Speziell in weiterführenden Schulen betrachten sie die Mittagspause nicht nur als Zeit für die Nahrungsaufnahme. Sie möchten „runterkommen“ und sich mit Freunden treffen. Das kann eine Schulmensa, in der im Schichtbetrieb gegessen wird, nicht unbedingt leisten. Schulessen der Zukunft muss als ein wichtiger Teil des Schulalltags gedacht werden, der mehr Qualitäten hat als satt zu machen und die Nährstoffversorgung sicherzustellen. Schulleitungen sollten die Gemeinschaftsverpflegung auch unter diesem Fokus betrachten und sich dafür einsetzen, dass sie vom Kollegium mitgetragen wird. Wenn Lehrkräfte beteiligt sind, wird meist eine bessere Qualität angeboten.

Die verbindliche Umsetzung der DGE-Qualitätsstandards verbunden mit dem Lernen rund um Lebensmittel und nachhaltige Ernährung würde allen Schülerinnen und Schülern den Zugang zu einer gesundheitsförderlichen Schulverpflegung ermöglichen. Das sollte nicht nur für die Ganztagsschulen gelten, in denen Mittagsverpflegung verpflichtend ist, sondern für alle Schulen.

**E&W:** Welche Auswirkungen hat die Corona-Pandemie auf die Gemeinschaftsverpflegung?

**Oepping:** Die Herausforderungen für alle Akteure sind enorm: Wie werden die Hygienemaßnahmen von den Kindern eingehalten, mit welchem Aufwand sind Abstandsregelungen im Essensbetrieb zu gewährleisten, wie wird mit Verstößen gegen die Corona-Regeln umgegangen? Dienstleister und Küchen-Mitarbeitende müssen noch größeres Augenmerk auf die Hygiene legen; auch die Bedingungen für das Personal haben sich deutlich verschärft.

**E&W:** Wie geht es den Caterern?

**Oepping:** Für die privaten Anbieter ist das Geschäft weggefallen, viele sind in ihrer Existenz bedroht. Wir haben keine Informationen, inwieweit Schulverpflegung noch in dem Umfang wie vor den Corona-Zeiten geleistet werden kann und welche Lösungen sich nun abzeichnen, um in einen Regelbetrieb zu kommen, der ja möglicherweise immer wieder von regionalen Lockdowns unterbrochen sein wird. Wenn diese Betriebe ins Straucheln geraten, steht die Schule am Ende des Tages ohne Essen da. Da sind die Mensen, die im Eigenbetrieb von der Kommune organisiert werden, im Vorteil, weil sie nicht so anfällig für Schwankungen auf dem Markt sind. Ob sie die bessere Lösung sind, sei dahingestellt. Aber unter diesen verschärften Bedingungen ist es eine Möglichkeit, die Schulverpflegung angemessen aufrechtzuerhalten.

Michaela Ludwig,
freie Journalistin

***Das Nationale Qualitätszentrum für Ernährung in Kita und Schule (NQZ) koordiniert Maßnahmen und Initiativen rund um gutes Kita- und Schulessen auf Bundesebene und entwickelt diese weiter. Es ist eine Einrichtung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. www.nqz.de**

# Burger, Cola und Schimmel

**// Armut und schlechte Ernährung hängen zusammen; das ist eine Binsenweisheit. Wie groß ist aber der Zusammenhang in Deutschland? Und wie können Schule und Kita gegensteuern? //**

Wie gut kann man sich mit Hartz IV ernähren? Nicht gut, sagt das Deutsche Kinderhilfswerk (DKHW). Ein Tagessatz in Hartz-IV-Haushalten reiche nicht einmal dann für eine gute Ernährung eines Kindes, wenn die Lebensmittel ausschließlich bei Billig-Discountern eingekauft würden. Sechs Euro am Tag seien nötig, damit ein Kind ein gesundes Frühstück, Mittag- und Abendessen sowie einen kleinen Snack zwischendurch zu sich nehmen kann. Im ALG-2-Regelsatz, so das DHKW, seien für die Ernährung von Kindern aber im Schnitt lediglich 3,49 Euro vorgesehen.

Factsheet

Kinderarmut in Deutschland

Das Wichtigste in 5 Punkten

1. Mehr als jedes fünfte Kind wächst in Deutschland in Armut auf. Das sind 2,8 Mio. Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.
2. Die Kinder- und Jugendarmut verharrt seit Jahren auf diesem hohen Niveau. Trotz langer guter wirtschaftlicher Entwicklung sind die Zahlen kaum zurückgegangen. Kinderarmut ist seit Jahren ein ungelöstes strukturelles Problem in Deutschland.
3. Die Corona-Krise wird die Situation für arme Kinder und ihre Familien weiter verschärfen. Es ist mit einem deutlichen Anstieg der Armutszahlen zu rechnen.
4. Aufwachsen in Armut begrenzt, beschämt und bestimmt das Leben von Kindern und Jugendlichen – heute und mit Blick auf ihre Zukunft. Das hat auch für die Gesellschaft erhebliche negative Folgen.
5. Die Vermeidung von Kinderarmut muss gerade jetzt politisch Priorität haben. Sie erfordert neue sozial- und familienpolitische Konzepte. Dazu gehören Strukturen für eine konsequente Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und eine Absicherung ihrer finanziellen Bedarfe durch ein Teilhabegeld oder eine Grundsicherung.

Armut ist kein Randphänomen. Laut einer im Juli vorgestellten Bertelsmann-Studie* wachsen derzeit rund 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche in einer Armutslage auf, das heißt, sie leben entweder in Familien, in denen Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II bezogen werden, oder sind armutsgefährdet – das ist mehr als ein Fünftel (21,3 Prozent) aller unter 18-Jährigen. Als armutsgefährdet gelten Kinder, wenn sie in Haushalten leben, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des Median-Einkommens aller Haushalte beträgt.

Armut und schlechte Ernährung werden oft mit Kindern assoziiert, die sich ausschließlich von Burger, Pizza und Cola ernähren und daher übergewichtig sind. So kommt das Robert-Koch-Institut 2018 in einer Studie zu dem Schluss, dass die Wahrscheinlichkeit einer ungesunden Ernährung gerade bei Menschen mit geringem Einkommen steige, „wenn in der Nachbarschaft vor allem Fastfood-Restaurants das Angebot bestimmen und deren Produkte auch noch zu geringeren Preisen angeboten werden als unverarbeitete, gesündere Lebensmittel wie Obst und Gemüse“.**

Kinder, die in Armut aufwachsen, sind dementsprechend häufiger übergewichtig als Söhne und Töchter wohlhabender Eltern. Zu diesem Schluss kommt eine Studie der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2015***. Demnach sind 5 Prozent aller Sechsjährigen adipös, bei gleichaltrigen armen Kindern liegt diese Quote bei 8,8 Prozent. Für die Untersuchung wurden die Daten von 4.802 Kindern ausgewertet, die in den Jahren 2010 bis 2013 in Mühlheim an der Ruhr eingeschult worden sind.

Die Ökotrophologin Larissa Kessner kritisiert jedoch, dass es bislang keine repräsentativen bundesweiten Erhebungen über Ernährung in Armut oder armutsnahen Einkommenslagen gibt. Das liege, so die Ernährungsexpertin, daran, dass an den großen Querschnittsstudien wie der Nationalen Verzehrstudie, einkommensarme Haushalte häufig nicht teilnähmen.

Auch besagte Bertelsmann-Studie von 2015 hat nicht untersucht, wie viele der armen Kinder untergewichtig sind; sie nennt lediglich einen Anteil von 6,4 Prozent Untergewichtiger unter allen Kindern.

## Hunger kann richtig wehtun

Zurückgreifen kann man aber auf Erfahrungswissen. Der Verband der Kinder- und Jugendärzte berichtete bereits 2011, dass rund 500.000 Kinder in Deutschland regelmäßig nicht ausreichend ernährt sind und immer wieder Hunger leiden. Ihr Alltag werde nicht vom Konsum von Lebens- und Genussmitteln bestimmt, sondern davon, überhaupt etwas zu essen zu bekommen. „Hunger kann richtig wehtun und beeinflusst die Gedanken wie kaum etwas anderes“, so das DKHW. Die gesundheitlichen Folgen seien gravierend: Eiweißmangel führe zur Unterentwicklung des Gehirns und behindere den Muskelaufbau. Schädigungen, die – wenn überhaupt – nur schwer behoben werden können.

Auch in der Belletristik ist der Zusammenhang zwischen Armut und Hunger bislang kaum Thema. Eine Ausnahme ist das viel beachtete Romandebüt des Politikwissenschaftlers und Journalisten Christian Baron („Ein Mann seiner Klasse“, Claassen, Berlin 2020). Barons autobiografisch angelegter Roman beschreibt eine Kindheit in einer Hilfsarbeiterfamilie in Kaiserslautern Anfang der 1990er-Jahre. Als dem Vater gekündigt wird, weil er geklaut hat, und sein Stolz es verbietet, sich Hilfe vom Amt zu holen, muss die Familie wochenlang hungern. Aus lauter Verzweiflung kratzt der achtjährige Sohn schließlich den Schimmel von den Wänden, weil im Fernsehen jemand gesagt hat, dass man Pilze essen kann. Seinen ersten Burger nach Wochen des Hungers verschlingt er, bis der Teller leer und blank geleckt ist.

Der Autor hat nie eine Kita von innen gesehen. Hätte es vor 30 Jahren in Deutschland einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz und eine flächendeckende Essensversorgung in der Schule gegeben, der kleine Christian hätte niemals Schimmel von der Wand kratzen müssen.

Jürgen Amendt,
Redakteur der „Erziehung und Wissenschaft“

***bit.ly/bertels-kinderarmut2020-pdf**
****bit.ly/rki-ernaehrung-kinder**
*****Thomas Groos und Nora Jehles: Der Einfluss von Armut auf die Entwicklung von Kindern – Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung: bit.ly/bertels-armut-kinderentwicklung-pdf**

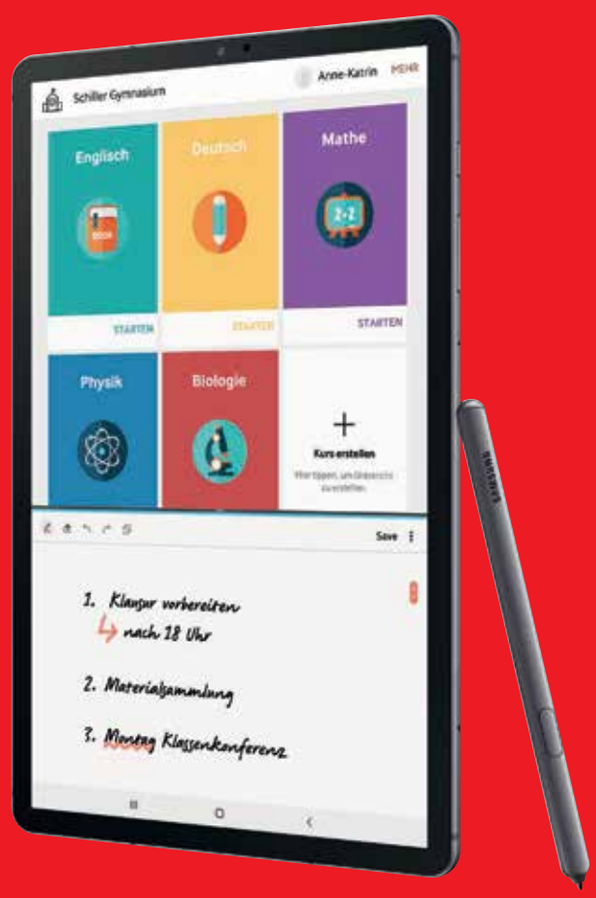
# Überflieger im Klassenzimmer.

**Home-Schooling**
**bei MediaMarkt**

SAMSUNG
Neues Lernen

### Samsung Galaxy Tab S6 Lite

Am besten ist es, wenn alle Schüler oder Studenten die gleiche Basis haben. Kein Problem mit dem unter 500 Gramm leichten Galaxy Tab S6 Lite. Das S6 Lite bietet viel Speicher für Apps, Fotos, PDF-Dateien, fotografiert Aufgaben mal eben schnell ab und hat genug Akku-Power, um lange durchzuhalten. Um der Kreativität freien Lauf zu lassen, gehört zum Tablet auch der S Pen. Er lässt sich intuitiv bedienen und ermöglicht ein natürliches Schreibgefühl – selbst bei langer Nutzung. Das Metallgehäuse des Tablets ist besonders widerstandfähig.




Microsoft 365

### Faszination Lernen 2.0
### Das Lösungspaket für den DigitalPakt Schule – gemeinsam mit Samsung und Media Markt

Wie lernen wir? Seit jeher beschäftigt diese Frage Wissenschaft und Forschung. Denn Lernen ist ein hochkomplexer Vorgang im Gehirn, bei dem rund 100 Milliarden Nervenzellen miteinander kommunizieren. Keine Frage: Lernen fasziniert. Und ist gleichermaßen im Wandel wie die gesamte Gesellschaft. War früher noch beispielsweise der Rechenschieber ein gängiges Lehrmaterial, sind wir heute beim Einsatz digitaler Medien angekommen. Kinder und Jugendliche begeistern sich für digitale Geräte wie Tablets, die sich sinnvoll in den Unterricht einbinden lassen.

Mit Samsung Knox können Lehrer alle Tablets auf einmal mit neuen Apps ausstatten und bestimmen dank Classroom Management, was genutzt werden darf. Gemeinsam mit Media Markt bietet Samsung datenschutzkonformen Zugriff auf Lehrmaterialien, Samsung Classroom Management zur Unterrichtsorganisation, Lehrkräfte-Training und mehr. Schüler, die keine stabile Internetverbindung zuhause haben, können mit einer LTE Variante ausstattet werden. Für Lehrer bietet sich die Tab S6 Premium-Variante (LTE oder WiFi) an.

**Weitere Informationen erhalten Sie bei Ihrem Geschäftskundenberater, unter 0221/222 43-910 oder unter www.mediamarkt.de/neueslernen**

Keine Mitnahmegarantie. Alle Angebote ohne Dekoration. Angebote gültig solange der Vorrat reicht. Irrtümer und technische Änderungen vorbehalten.

MediaMarkt®

# Gut und günstig?

**// Bio, regional, frisch: Beim Essen an den Hochschulmensen hat sich viel getan. Doch trotz der gestiegenen Qualität nimmt die Zahl der Stammgäste ab. //**

Nicht mal Schweine fressen Mensaessen. Studierende der Ruhr-Universität Bochum hatten einem Ferkel ein Hochschulgericht serviert, doch das Tier lehnte ab. Die Aktion, die sich Ende der 1960er-Jahre abgespielt haben soll (ob sie stimmt oder nicht, ist unklar), galt als Zeichen des Frusts über die Kreationen aus der Großküche der Lehranstalt. Unabhängig davon, ob die Anekdote wahr ist: Die Zeiten, in denen Mensabesuchern der Mittagstisch wenig Auswahl bot und lieblos auf Plastiktabletts geklatscht wurde, sind vorbei. Heute gleichen viele Unirestaurants mit ihrer Essensauswahl eher bunten Marktplätzen. „Da hat sich viel verändert", sagt Professor Peter Stehle, Ernährungswissenschaftler an der Universität Bonn, über das Angebot der Hochschulküchen. Der 65-Jährige beobachtet eine deutlich internationalere und vielfältigere Essensauswahl im Vergleich zu seiner Studentenzeit. Damit bedienen die Mensen heute nicht nur diverse Geschmäcker, ein breites Angebot ist auch ernährungsphysiologisch wichtig. „Nur durch abwechslungsreiches Essen bekommen wir die Nährstoffe, die wir brauchen, um körperlich und geistig aktiv zu sein", sagt Stehle. Er rät zu einer verstärkt pflanzlichen Ernährung mit frischen und regionalen Zutaten. Außerdem sollte immer das komplette Lebensmittel gegessen werden, statt isolierter Substanzen.

Den Anspruch an ein vielfältiges und vollwertiges Essensangebot versuchen bundesweit 57 Studentenwerke zu erfüllen. In 952 Mensen und Cafeterien verköstigen sie das Gros der Studierenden und Beschäftigten. Hier wird neben Fleischgerichten vegetarisch und vegan gekocht. Salattheken gehören zur Selbstverständlichkeit, direkt vor Ort zubereitetes Essen ist keine Seltenheit. Es gibt Kalorienreduziertes und Fettarmes. Auch nach Halal-Standards wird gekocht. „Die Speisen werden täglich frisch zubereitet und meist direkt ausgegeben", sagt Sarah Bock, Leiterin des Referats Hochschulgastronomie beim Deutschen Studentenwerk (DSW), der Dachorganisation der Studentenwerke. „In der Regel bekommt der Kunde ein Essen, das nicht länger als 30 Minuten warmgehalten wurde."

## Saisonale Bioprodukte

Mancherorts sind die Mensen und Cafeterien bio-zertifiziert. Etwa in Oldenburg (Niedersachsen). Das Gemüse, das dort auf den Tellern landet, kommt „zu einem Drittel aus ökologischer Erzeugung; bei anderen pflanzlichen Erzeugnissen liegt der Anteil zum Teil sogar noch weit höher", teilt das dortige Studentenwerk auf seiner Webseite mit. Neben den Kontrollen durch Lebensmittelämter, denen die Studentenwerke unterliegen, prüft eine staatlich zugelassene Öko-Kontrollstelle einmal pro Jahr unangekündigt die Einhaltung der mit dem Bio-Siegel verbundenen EU-Rechtsvorschriften, die unter anderem den Einsatz von chemisch-

**Die Zeiten, in denen es in der Hochschulmensa hauptsächlich ungesundes Essen gab, sind zwar vorbei, trotz aller Anstrengungen ist die Zahl der „Stammgäste" jedoch gesunken.**

Foto: picture alliance/Winfried Rothermel

synthetischen Düngemitteln oder Geschmacksverstärkern verbieten. Mit „mensaVital“ hat das DSW zudem eine Menü-Linie auf ernährungsphysiologischer Basis entwickelt. 43 Studentenwerke bieten die „energiedefinierte, vollwertige, ausgewogene Mischkost“ für die „Bedürfnisse von Menschen mit sitzender Tätigkeit“ an. Bock zufolge beschäftigt inzwischen fast jedes Studentenwerk eine Ökotrophologin oder einen Ökotrophologen, um das Speisenangebot nach ernährungswissenschaftlichen Erkenntnissen zu optimieren.

Damit die Essensqualität stimmt, haben Studentenwerke und DSW Kriterien erstellt, die sowohl Großhändler wie Transgourmet als auch regionale Lieferanten erfüllen müssen. Nach Erhalt wird die Ware geprüft. „Jedes Studentenwerk hat ein Hygiene- und Qualitätsmanagement, das Produkte stichprobenartig auf Frische, Temperatur, Mindesthaltbarkeit und weitere Kriterien testet“, sagt Bock. Bevor überhaupt in größeren Mengen bestellt werde, „gibt es Verkostungen“. Die 57 Mensenbetreiber haben sich zudem auf nachhaltige Einkaufsrichtlinien verständigt. Seit Oktober bietet etwa das Studentenwerk Göttingen nur noch Fleisch von Schweinen an, die aus der Region kommen, mehr Platz als in der konventionellen Tierhaltung haben, nicht auf Fliesen oder Gittern leben, sondern auf Stroh, und nur wenige Kilometer zum Schlachtbetrieb transportiert werden müssen. Zudem wird das Futter für diese Tiere vom Bauern selbst ohne Einsatz von Gentechnik angebaut. Die Gäste hatten sich für das „Strohschwein“ ausgesprochen.

Was die Besucher ihrer Restaurants gerne auf dem Tablett hätten, erfahren die Studentenwerke in Mensa-Ausschüssen und durch Kundenbefragungen. „Studierende verlangen vor allem regionale, saisonale, faire und Bioprodukte“, sagt Bock. Umfragen zeigen aber auch, dass trotz aller Anstrengungen der Mensen weniger Studierende dort essen gehen als früher. 1991 waren 45 Prozent von ihnen Stammgäste. 2016 aß nur noch weniger als ein Drittel regelmäßig, was aus der Hochschulküche kam. Ein Grund: die „Ernährungsqualität“. Mit der waren nur 30 Prozent der Hochschüler zufrieden, hat die 21. Sozialerhebung des DSW ergeben. In Jena gingen 42 Prozent der gelegentlichen Mensagänger aufgrund der aus ihrer Sicht nicht ausreichenden Qualität nicht öfter dort essen.

## Defizitärer Bereich

Für die Studentenwerke, die ihr Speisenangebot auch durch die Essensverkäufe finanzieren müssen, ist das eine Herausforderung. Studierende bezahlen rund ein bis fünf Euro für ein Gericht. Der Spagat zwischen gut und günstig gelingt den Studentenwerken meist nicht alleine. In Siegen etwa ist der Gastronomiebereich „seit jeher stark defizitär“, heißt es dort. Die fehlenden Einnahmen werden durch Sozialbeiträge der Studierenden und einen Landeszuschuss ausgeglichen. Dieses Jahr sah man sich dennoch gezwungen, erstmals nach 2014 die Preise wieder anzupassen. Auch in Bremen müssen die Mensagäste seit März mehr bezahlen. Aus eigener Kraft habe man „keine andere Möglichkeit“, begründete die dortige Leiterin der Hochschulgastronomie, Anke Grupe-Markschat, den Schritt.

Immerhin zeigen Umfragen auch: Die Mehrheit der Uni-Esser ist mit dem Preis-Leistungsverhältnis zufrieden. Auch Ernährungsexperte Stehle sieht es positiv: „Für den Preis bieten die Mensen ein gutes Essen“, sagt er. Und wie bewerten die heutigen Studierenden der Ruhr-Uni ihre Hochschulküche? Auf der App iMensa vergibt knapp ein Drittel fünf von fünf möglichen Sternen.

Michael Stahl,
freier Journalist

www.studentenwerke.de

**Nutzen Sie unsere attraktiven Sonderkonditionen**

Dienstunfähigkeitsversicherung
Berufsunfähigkeitsversicherung

Sicherheit für den Fall der Dienst- oder Berufsunfähigkeit ist wichtig! Denn dieses Risiko wird oft unterschätzt. Die HUK-COBURG bietet Ihnen Sonderkonditionen bei Neuabschluss einer Dienst- oder Berufsunfähigkeitsversicherung. Damit sparen Sie über die gesamte Laufzeit bares Geld!

Sprechen Sie mit uns. Wir beraten Sie gerne auch persönlich vor Ort: Die Adressen unserer Geschäftsstellen finden Sie in Ihrem örtlichen Telefonbuch unter „HUK-COBURG“ oder unter www.HUK.de/Ansprechpartner

GEW Besondere Vorteile für Mitglieder

HUK-COBURG
Aus Tradition günstig

# Kein Anlass für falsche Bescheidenheit

**// Am 25. August haben die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ihre Forderungen für die Tarifrunde Bund und Kommunen beschlossen (siehe Kasten S. 25). Diese sind das Ergebnis einer intensiven Mitgliederdiskussion und sollen nun trotz der Corona-Einschränkungen durchgesetzt werden. //**

Landauf, landab lässt sich die Stimmung unter den GEW-Mitgliedern so zusammenfassen: „Erst wurden wir beklatscht, jetzt wollen die Arbeitgeber uns eine Klatsche verpassen." Denn die haben schon vor Verhandlungsbeginn angekündigt, dass sie eine Nullrunde, bestenfalls mit Inflationsausgleich, anstreben – und zwar für mehrere Jahre! Die Empörung ist groß und damit auch die Entschlossenheit, für eine Gehaltssteigerung zu kämpfen, in der sich die öffentliche Anerkennung für die gute Arbeit der Beschäftigten im Entgelt widerspiegelt.

## Lohnpolitik gegen die Krise

Deshalb steht die Entgeltforderung in dieser Tarifrunde noch deutlicher im Zentrum der Auseinandersetzung als in „normalen" Runden. Aber wie entwickelt man eine vernünftige Lohnforderung in Krisenzeiten? Normalerweise würden sich die Gewerkschaften die Entwicklung der Preise und der gesamtwirtschaftlichen Produktivität anschauen, sprich „was es zu verteilen gibt". Mit dieser müssen die Löhne (mindestens) im Gleichschritt steigen, sonst geht die Schere zwischen Löhnen und Profiten immer weiter auseinander. Das nennt man den verteilungsneutralen Spielraum. Besser noch: Die Gewerkschaften versuchen, die Schere ein Stück weit zu schließen. Das nennt man Umverteilung.

In den vergangenen zehn Jahren ist es den Gewerkschaften gelungen, die Gehälter im öffentlichen Dienst so zu erhöhen, dass es zu spürbaren Reallohnsteigerungen kam und der verteilungsneutrale Spielraum in etwa ausgeschöpft worden ist. Langfristig bleibt aber das Ziel, eine echte Umverteilung zugunsten der Beschäftigten zu erreichen, denn die Spanne zwischen Arbeitseinkommen und Unternehmensgewinnen ist noch immer viel zu groß.
Doch 2020 ist nichts normal. Die Zukunftsaussichten sind so ungewiss wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Wirtschaftsforschungsinstitute machen zwar weiterhin Prognosen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, weisen aber nachdrücklich darauf hin, dass dies derzeit eine Rechnung mit extrem vielen Unbekannten sei. Anfangs

>>> **Fortsetzung auf Seite 25**

**Die Tarifrunde im öffentlichen Dienst Bund und Kommunen 2018 brachte den Beschäftigten eine Erhöhung der Gehälter um durchschnittlich 7,5 Prozent bei einer Vertragslaufzeit von 30 Monaten. Eine Nullrunde, wie sie die Arbeitgeber jetzt für die nächsten Jahre fordern, lehnen die Gewerkschaften ab.**

Foto: Kay Herschelmann

>>> Fortsetzung von Seite 24

## 4,8 Prozent, mindestens jedoch 150 Euro mehr Gehalt

4,8 Prozent, mindestens jedoch 150 Euro mehr Gehalt fordern die Gewerkschaften in der Tarifrunde des öffentlichen Dienstes für die bei Bund und Kommunen Beschäftigten bei einem Jahr Vertragslaufzeit. Zudem erwarten die Gewerkschaften, dass die wöchentliche Arbeitszeit für die Angestellten in den östlichen Bundesländern auf 39 Stunden gesenkt und damit 30 Jahre nach der Einheit an das Westniveau angeglichen wird. „In der Corona-Krise zeigen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, dass sie und ihre qualifizierte Arbeit unverzichtbar sind. Jetzt müssen die Gehälter spürbar steigen“, sagte GEW-Vorsitzende Marlis Tepe. Nach dem Auftakt zur Tarifrunde am 1. September sind für den 19./20. September und den 22./23. Oktober zwei weitere Verhandlungsrunden geplant. ur

gingen die meisten Institute noch davon aus, dass der wirtschaftliche Einbruch schon nächstes Jahr wieder aufgeholt werden könnte. Inzwischen (Stand Ende Juli) gehen die Schätzungen eher von zwei bis drei Jahren aus, aber auch nur, wenn kein zweiter Lockdown kommt. Auf dieser Grundlage lassen sich weder die Preisentwicklung noch die Steuereinnahmen halbwegs verlässlich vorhersagen. Und die Rohstoffpreise, darunter Heizöl und Benzin, fahren weltweit schon seit Jahren Karussell.

Dieses Jahr ist auch nichts normal mit Blick auf den Ablauf einer Tarifrunde. Nach wie vor gelten Einschränkungen für Reisen und große Versammlungen. Und wie erklärt man den Bürgerinnen und Bürgern, dass wenige Monate nach dem Lockdown ausgerechnet im öffentlichen Dienst gestreikt werden muss? Vor diesem Hintergrund erschien es den Gewerkschaften vernünftig, „auf Sicht“ zu fahren und mit den Arbeitgebern eine kurz laufende Vereinbarung bis Anfang nächsten Jahres abzuschließen. Damit hätten sie einen Tarifkampf im Herbst 2020 vermieden. Dieser Aufschub sollte aber nicht von den Beschäftigten durch Lohnverzicht erkauft, sondern zum Beispiel durch eine Sonderzahlung kompensiert werden. Doch die Arbeitgeber haben völlig andere Ideen. Sie wollen keinen Aufschub und erst recht nicht dafür zahlen. Sie wollen möglichst schnell einen Tarifvertrag, der mehrere Jahre läuft und wenig kostet. „Planungssicherheit“ nennen sie das – in Zeiten, in denen eigentlich nichts längerfristig planbar ist!

Das gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) hat im Juni eine Empfehlung für die Lohnpolitik in der Krise vorgelegt.* Das IMK lässt sich dabei vom Grundgedanken leiten, dass die Lohnpolitik die Krise nicht verstärken sollte, sondern als stabilisierender Faktor wirken muss. Das gelingt, wenn sich die Lohnentwicklung am langfristigen Trend der Produktivitätsentwicklung sowie an der von der Europäischen Zentralbank avisierten „Zielinflationsrate“ von knapp unter 2 Prozent orientiert. Das ist in Firmen, die gerade mit der Insolvenz kämpfen, nicht durchzusetzen.

## Mehr Geld für alle

Umso größer ist die Verantwortung des öffentlichen Dienstes, der solchen Marktrisiken nicht ausgesetzt ist. Klar, wenn die Einnahmen auf breiter Front wegbrechen, muss auch eine Lohnerhöhung über öffentliche Schulden finanziert werden. Aber angesichts der riesigen Konjunkturprogramme, die jetzt – zu Recht – aufgelegt werden, um die Folgen der Krise abzumildern und die Konjunktur wieder anzukurbeln, ist das zumutbar und vernünftig. Auch für die Kommunen wurde ein umfangreiches Rettungspaket aufgelegt, mit dem der Bund die Einnahmeausfälle und Mehrausgaben ausgleicht. Um den öffentlichen Dienst zukunftssicher zu machen und weil Lohneinkommen überwiegend in den Konsum fließen und so die Binnennachfrage steigern, müssen davon auch die rund 1,5 Millionen Tarifbeschäftigten im kommunalen öffentlichen Dienst profitieren. Das ist gerade angesichts stark rückläufiger Exporte eine wichtige Säule der Wirtschaft.

Es besteht also kein Anlass für falsche Bescheidenheit. Trotzdem ist ein Arbeitskampf mitten in der Krise kein Spaziergang. Gerade in den Kitas, die über Monate geschlossen oder nur im Notbetrieb waren, sind die Hemmungen groß, den Kindern und Eltern jetzt weitere Einschränkungen zuzumuten.

Doch was ist mit der Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe? Die GEW hatte sich in einer tarifpolitischen Konferenz im Mai 2019 darauf vorbereitet, 2020 den nächsten Schritt zu gehen, um die Eingruppierung der Kolleginnen und Kollegen im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst zu verbessern. Das bleibt auch weiter das Ziel. Aufgrund der schwierigen Gesamtlage hat die GEW-Tarifkommission jedoch entschieden, im Herbst 2020 zunächst eine Einkommenserhöhung für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst durchzusetzen. Denn die Arbeitgeber haben schon angedeutet, dass sie sich unterschiedliche Lohnsteigerungen für verschiedene Sparten vorstellen. Sie wollen die Beschäftigten spalten! Dem müssen Gewerkschaften und Beschäftigte entgegenhalten, dass der gesamte öffentliche Dienst systemrelevant ist. Er lässt sich nicht spalten! Das Thema Aufwertung werden die Gewerkschaften nach der Tarifrunde mit Nachdruck wieder auf die Agenda setzen.

Ein Thema darf 30 Jahre nach der deutschen Einheit aber nicht fehlen: die vollständige Angleichung der Arbeitszeit in den östlichen Bundesländern an das Westniveau! Nach wie vor arbeiten die Beschäftigten im Tarifgebiet Ost des kommunalen öffentlichen Dienstes pro Woche eine Stunde länger als ihre West-Kolleginnen und -Kollegen. Damit muss endlich Schluss sein. Die Gewerkschaften fordern 39 Stunden einheitlich im gesamten Geltungsbereich des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD).

Es sind herausfordernde Zeiten. Die Arbeitgeber haben die Beschäftigten und die Gewerkschaften herausgefordert. Diese Herausforderung nimmt der gesamte öffentliche Dienst an und zeigt, dass er mit neuen, kreativen Aktionsformen kämpfen kann.

Gesa Bruno-Latocha und Oliver Brüchert,
Referentin und Referent im GEW-Vorstandsbereich Tarif- und Beamtenpolitik

*bit.ly/imk-analyse-loehne

# Eine Win-Win-Situation

**// Während der Corona-bedingten Schließung der Schulen entstanden Projekte, in denen Lehramtsstudierende als Mentorinnen und Mentoren die Lücken schlossen, die durch das Distanzlernen im Lockdown entstanden sind. Das könnte auch ein Modell für die Zukunft nach Corona sein. //**

„Ich habe viel telefoniert, ich habe WhatsApps geschrieben, aber vielleicht 20 Prozent der Kinder habe ich während des Lockdowns nicht mehr erreicht“, meint Aline Eckel, Klassenlehrerin in einer Gesamtschule in Castrop-Rauxel. Da hat sie sich Hilfe von der Bochumer Uni geholt.

Professorin Gabriele Bellenberg und ihr Team an der Ruhr-Uni Bochum haben sich mit diesen Herausforderungen auseinandergesetzt. Sie haben das Modell „Mentoring@home“ gestartet. Die Studierenden haben die Betreuung einzelner Schülerinnen und Schüler übernommen. „Meine Schüler sind alle super-besonders“, berichtet Allegra Goltz. Die 23-Jährige ist Lehramtsstudentin im Masterstudium an der Ruhr-Uni. „Zu jedem habe ich einen anderen Draht. Dem einen helfe ich mehr technisch beim Computer, bei der anderen berate ich die Mutter und beim dritten geht es mehr um Nachhilfe.“ Sie betreut Schülerinnen und Schüler aus Eckels 5. Klasse. An der Uni besucht sie einen Kurs zur Vorbereitung auf das Praxissemester. 35 Studierende beteiligen sich an dem Modell. Es wird ihnen als Leistung für den Kurs angerechnet. Geld bekommen sie nicht dafür.

Eckel bezeichnet das Modell als „vollen Erfolg“. Eine Schülerin, die bisher nie etwas gesagt habe, sei durch diese Einzelbetreuung richtig aufgeblüht und zu einer Meinungsführerin in der Klasse geworden, erzählt sie. Eltern, die sie nicht mehr erreicht habe, auch wegen der Sprachbarriere, seien nun engagiert dabei.

Eckel sieht auch den Gewinn für die Studierenden. „Sie können ihren zukünftigen Beruf von einer anderen Seite kennenlernen. Sie haben intensiven Kontakt zu den Eltern bekommen, und sie haben erfahren, wie wichtig es ist, Beziehungen zu den Kindern aufzubauen. Das ist natürlich mit einem oder zwei Kindern sehr viel einfacher als später in der Klasse mit 27.“ Nach den Ferien will Eckel die Studierenden in die Klasse einladen. Auf jeden Fall werde das Modell fortgeführt, meint sie.

## Entlastung für Eltern

Matthias Forell, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Bochumer Uni, bestätigt: Corona war zwar der Auslöser, aber bei dem Projekt gehe es grundsätzlich um das Thema Bildungsgerechtigkeit, um den Ausgleich von Bildungsbenachteiligungen. Die seien durch die Schulschließungen deutlich zutage getreten. Auf der einen Seite gebe es Familien, denen der Umgang mit digitalen Medien vertraut sei, auf der anderen Seite gebe es Familien, die mit dieser Form des Lernens überfordert gewesen seien; die einen hätten gelernt, ihren Tag selbstständig zu strukturieren, andere brauchten dafür noch mehr Unterstützung.

Das Bochumer Modell steht nicht allein. So startete die Bezirksregierung Münster das Programm „Anschluss individuell schaffen – Ais“. In der Zeit zwischen den Sommer- und den Herbstferien werden in 40 Schulen des Regierungsbezirks in Nordrhein-Westfalen kleine Gruppen von vier Schülerinnen und Schülern pro Klasse gebildet, die von Lehramtsstudierenden betreut werden. Ziel ist, Lücken zu schließen, die durch die unterschiedlichen Möglichkeiten des Distanzlernens in der Lockdown-Phase entstanden sind. Die Studierenden werden vom Zentrum für Lehrerbildung an der

**Die Schließung der Schulen während des Corona-Lockdowns hat vor allem Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Familien schwer getroffen.**

Münsteraner Uni betreut – und sie werden für ihre Arbeit bezahlt. Ähnliche Modelle gibt es an den Lehrerbildungszentren der Unis in Kassel und Köln.

Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB), hält es für „ein Trauerspiel“, dass man sich in den Ministerien keine Gedanken darüber gemacht habe, wie Eltern und Lehrkräfte in der Corona-Zeit entlastet werden können. Ihr geht es gar nicht um ein qualifiziertes Lehrangebot, es müssen ihrer Meinung nach auch nicht unbedingt Lehramtsstudierende sein, die diese Aufgaben der Begleitung und Betreuung übernehmen, das gelte für Kitas wie für Schulen. „Mir geht es vor allem um die Entlastung der Mütter“, sagt die Sozialwissenschaftlerin. Ein verstärkter Einsatz Studierender während des Lockdowns wäre auch für diese selbst wichtig gewesen, denn vielen seien durch die Pandemie die Jobs weggebrochen; sie hätten das Geld gut gebrauchen können. Angesichts der Milliarden Euro, die an Hilfsgeldern nun mobilisiert werden, gehe es um Peanuts – auch verglichen mit dem Geld für digitale Endgeräte, das zurzeit ausgelobt werde, so Allmendinger.

Foto: imago images/Werner Schmitt

## Individuelle Zuwendung

Ilka Hoffmann, im GEW-Vorstand für Schulen verantwortlich, beurteilt das Engagement der Universitäten und den Einsatz von Studierenden als Lernbegleiterinnen und -begleiter ebenfalls positiv. Es sei eine Win-Win-Situation. Die Lehramtsstudierenden könnten für ihr späteres Lehrerdasein lernen, auf einzelne Schülerinnen und Schüler einzugehen und sehen, wie Lernen funktioniert. Und die Kinder würden eine individuelle Zuwendung erhalten, wie sie im Schulalltag mit 30 Schülerinnen und Schülern je Klasse kaum möglich sei. Wichtig sei aber auch die Begleitung durch die Hochschule, die Reflexion und Dokumentation. „Das sollte fester Bestandteil der Lehrerausbildung werden.“ Und die Studierenden brauchten die Anleitung und Begleitung durch die Lehrkräfte. Für diese Mentorentätigkeit seien deshalb Entlastungsstunden notwendig.

Die während der Corona-Krise entstandenen Modelle sollten weitergeführt und ausgeweitet werden, meint Hoffmann, unabhängig davon, wie sich das Verhältnis von Präsenz- und Fernunterricht im nächsten Schuljahr entwickeln wird. Bedenken, die es wohl auch in der Gewerkschaft gibt, dass dadurch die professionellen Kompetenzen der Lehrkräfte abgewertet werden könnten, könne sie nicht nachvollziehen. Schon jetzt zeichne sich ab, so Hoffmann, dass individuelle Lernbegleitung, die über die reine Nachhilfe hinausgeht, ein wichtiges Mittel sei, um die sozialen Unterschiede im Lernprozess ein wenig auszugleichen.

Karl-Heinz Heinemann,
freier Journalist

Unterrichten im Ausland

Sie haben das 1. und 2. Staatsexamen oder Sie sind im Landesschuldienst verbeamtet oder fest angestellt, sind aufgeschlossen und engagiert. Sie suchen eine neue Herausforderung? Dann brauchen wir Sie als

Lehrerin / Lehrer für einen Einsatz an Deutschen Auslandsschulen oder ausgewählten staatlichen ausländischen Schulen. Wir freuen uns auf Ihre Anfrage und informieren Sie gerne über die Rahmenbedingungen.

Weitere Informationen und die Bewerbungsunterlagen finden Sie unter:

www.auslandsschulwesen.de

Tel.: 022899 358-3666 • mailto: ZfA.Bewerbung@bva.bund.de

Bundesverwaltungsamt
– Zentralstelle für das Auslandsschulwesen –

ZfA
Deutsche Auslandsschularbeit International

WUS World University Service

Jede*r hat das Recht auf Bildung.
Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Wer wir sind

**World University Service (WUS)** ist eine 1920 gegründete internationale, politisch und konfessionell nicht gebundene Organisation von Studierenden, Lehrenden und Mitarbeitenden im Bildungssektor. WUS-Deutschland ist eines von weltweit über 50 Komitees, die sich gemeinsam für das Menschenrecht auf Bildung einsetzen.

Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika

WUS unterstützt ausländische Studierende durch Lobbyarbeit, berufliche Orientierung und Reintegration sowie durch das **Studienbegleitprogramm STUBE Hessen** und das **Portal Hessische Hochschulen im Nord-Süd-Kontext**.

Globales Lernen

Die **Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd** vernetzt nicht-staatliche und staatliche Akteur*innen zu entwicklungspolitischer Bildung.

Das **Portal Globales Lernen** hält Informationen und Bildungsangebote zum Globalen Lernen bereit.

Das **Portal Deutsche Länder in der Entwicklungspolitik** präsentiert im Auftrag der 16 Deutschen Länder deren entwicklungspolitische Ziele und Aktivitäten.

Das Projekt **Grenzenlos - Globales Lernen in der beruflichen Bildung** vermittelt Lehrkooperationen mit Studierenden aus Afrika, Asien und Lateinamerika an berufsbildende Schulen.

Der **WUS-Förderpreis** zeichnet Studienabschlussarbeiten aus, die ausgewählte Themen der 17 Nachhaltigkeitsziele behandeln.

www.wusgermany.de

# Wellenreiten

**// Nach den Ferien sollten die Schulen den Regelbetrieb aufnehmen – doch zum August machten steigende Corona-Infektionszahlen die Pläne hinfällig. Erste Schulen mussten kurz nach der Öffnung schon wieder schließen. //**

Auf dem Pausengelände der Grundschule Vizelinstraße in Hamburg schwingen Samiah und Lia (Namen geändert) auf der Schaukel. In dieser letzten Ferienwoche haben sie das Grundstück fast für sich: Die Viertklässlerinnen nehmen am „Lernsommer“ teil, gehen zwei Wochen lang in den Förderunterricht, um einiges nachzuholen, was sie in den Wochen des Corona-Lockdowns versäumt haben. Masken tragen sie nicht, Abstände untereinander halten Kinder und Betreuungskräfte nicht ein, aber die Hände waschen sie sich oft, berichten die Mädchen. Hygienemaßnahmen und Meldepflicht für Besucher ja, Abstand und Masken nein: Mit diesen Vorgaben startet Schulleiterin Yvonne Dannenberg an der Grundschule ins neue Schuljahr.

## Sorgen der Beschäftigten

Doch in vielen weiterführenden Schulen platzte Anfang August, pünktlich zum Ferienende in Mecklenburg-Vorpommern, der Traum von der Rückkehr zur Fast-Normalität: Ein Land nach dem anderen sprach sich für das Tragen von Masken aus, über die Abstandsregeln wurde neu diskutiert. Denn bundesweit stiegen die Infektionszahlen wieder, das Robert-Koch-Institut hielt die „Entwicklung für sehr bedenklich“.

Einzelne Länder preschten vor, Elternvertretungen äußerten sich besorgt, dann sprach sich Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) für den Mund-Nasen-Schutz in Schulgebäuden aus. Die Länder setzten den Vorschlag unterschiedlich um. Hamburgs Bildungssenator Ties Rabe (SPD) erklärte: „Auf den Wegen, auf den Schulfluren, in den Pausen sind die Masken ausnahmslos zu tragen“, im Unterricht aber nicht, „weil man da natürlich miteinander reden muss.“ In Schleswig-Holstein, das als drittes Bundesland ins Schuljahr startete, „empfahl“ Bildungsministerin Karin Prien (CDU) die Maske nur – erstens, weil die Lage im Flächenland sehr unterschiedlich sei, zweitens, weil eine Pflicht schwer durchzusetzen sei: „Sollen Kinder, die sich weigern, nach Hause geschickt werden?“ Dafür sollen Jugendliche ab der 7. Klasse den Schutz in den ersten zwei Schulwochen auch während des Unterrichts tragen. Nach dieser Zeit steckten Infizierte niemanden mehr an, dann könnten die Masken fallen, zumindest innerhalb definierter „Kohorten“, die je nach Größe der Schulen einige Klassen oder Jahrgänge umfassen.

In Mecklenburg-Vorpommern startete das neue Schuljahr zuerst. Die Frage, ob Schülerinnen und Schüler auch im Unterricht Nase und Mund bedecken müssen, wurde auch hier kontrovers diskutiert.

Foto: picture alliance/dpa/Jens Büttner

Doch wie konsequent sind die Pläne, und können die Schulen sie tatsächlich umsetzen? Viele Lehrkräfte sind eher skeptisch, die GEW-Landesverbände melden Kritik an. „Lehrkräfte stehen großen Gruppen von Schülerinnen und Schülern, die gerade in aller Herren Länder im Urlaub waren, auf engem Raum gegenüber“, beschrieb Maik Walm, Teil des GEW-Vorstandsduos in Mecklenburg-Vorpommern, die Lage. Er riet dazu, die Regeln genau einzuhalten und „auch bei kleinen Anzeichen von Krankheit verantwortungsbewusst zu Hause zu bleiben“. Das Land erlaubt bis zu fünf Corona-Tests für Schulpersonal bis zu den Herbstferien, in Hamburg sind es drei.

Nicht nur in diesem Punkt gehen die Länder unterschiedlich mit den Sorgen der Beschäftigten um die eigene Gesundheit um. So ließen sich in Mecklenburg-Vorpommern rund 500 Lehrkräfte vom Betriebsarzt untersuchen, weil sie aufgrund von Alter oder Vorerkrankungen ein höheres Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf befürchten. 175 könnten von zu Hause aus arbeiten, andere würden in kleineren Gruppen eingesetzt, sagte Bildungsministerin Bettina Martin (SPD) dem NDR.

In Schleswig-Holstein dagegen bemängelte die GEW ein rigides Vorgehen der zuständigen Betriebsärztin: 780 Lehrkräfte hatten Atteste vorgelegt, nur in 32 Fällen wurde Homeoffice erlaubt. Denn das Land sehe zurzeit kaum ein Risiko, so Ministerin Prien. Zudem „geht es nicht um Schutz des Einzelnen, sondern um die Eindämmung der Pandemie“. Katja Coordes, stellvertretende Landesvorsitzende der GEW und Mitglied des Hauptpersonalrats, berichtet von großen Sorgen bei vielen Betroffenen, die das Vorgehen als „hartherzig“ empfinden. 20 Lehrkräfte klagen nun, unterstützt von der GEW, gegen das Vorgehen, das Prien bei der Pressekonferenz zum Schuljahresauftakt als regelkonform einstufte.

Ein ganz anderer Vorstoß kommt von der Hamburger GEW: „Statt Unterricht neu zu denken, stapft die Schulbehörde auf alten Pfaden weiter“, bedauert die Landesvorsitzende Anja Bensinger-Stolze. „Es ist schade, dass die Behörde keine Lehren aus der Zeit vor den Sommerferien gezogen hat und die positiven Erfahrungen mit dem Unterricht in kleinen Gruppen aufgreift.“

Foto: picture alliance/dpa/Bernd Wüstneck

**So wie hier am Gymnasium in Reutershagen, versuchten sich kurz vor dem Start in das neue Schuljahr die Schulen in Mecklenburg-Vorpommern „Corona-fest“ zu machen.**

Vor allem beim Blick auf die Details zweifeln Lehrkräfte und ihre Gewerkschaft an den Plänen. Coordes nennt ein Beispiel: „Der Unterricht soll zeitversetzt anfangen, damit keine Engpässe auf den Gängen entstehen. Aber die Busse folgen weiter dem alten Fahrplan. Also stehen alle Kinder aus einem Bus gemeinsam im Hof.“ Martina Frey, Grundschullehrerin in Mecklenburg-Vorpommern, schüttelt den Kopf über eine Regelung an der Fritz-Reuter-Schule in Ludwigslust: Für die Nachmittagsbetreuung steht nur ein einziger großer Raum zur Verfügung. „Ich kann mir kaum vorstellen, dass sich die Jahrgänge dort nicht mischen.“

## Sprung in die digitale Welt

Sorgen machen sich die Lehrkräfte um die Lernfortschritte. Einzelne Kinder „haben zu Hause mehr gelernt als bei mir“, sagt Frey – weil die Eltern viel mit ihnen übten. Doch wo Unterstützung und Tagesstruktur fehlten, blieben in den Wochen des Lockdowns Aufgaben liegen. So gingen die Leistungskurven in den Klassen stark auseinander – sowohl in der Kleinstadt Ludwigslust als auch in der Hansestadt Hamburg. Den „Lernsommer“ hält Dannenberg daher für eine grundsätzlich gute Idee, bemängelt aber, dass längst nicht alle Kinder, für die die Förderung sinnvoll sei, daran teilnahmen. „Wir hatten zu wenig Zeit für die Vorbereitung und konnten nicht alle Eltern überzeugen, uns ihre Kinder zu schicken“, sagt sie. Auch in Schleswig-Holstein habe weniger als 1 Prozent der Kinder teilgenommen, kritisiert Martin Habersaat, Bildungsexperte der SPD-Landtagsfraktion in Kiel.

Aber wird dieses Schuljahr normal verlaufen? Schon zum Start ist abzusehen, dass neben Corona alles andere verblasst, bedauert Yvonne Dannenberg: „Inklusion, Förderung, neue Konzepte.“ Die Schule Vizelinstraße wollte auf Projektunterricht umstellen – das ist gestrichen, stattdessen gilt Regelunterricht mit Schwerpunkt auf den Kernfächern. „Ich verstehe die Absicht, Rückstände aufzuholen“, sagt Dannenberg. „Aber für die Kinder wird es nicht besser, wenn wir nur durchziehen.“

Für einen zweiten Lockdown fühlen sich die Schulen unterschiedlich gut vorbereitet. „In Sachen Digitalisierung ist der Virus ein echter Turbo“, sagt Mirko Boldt. Der Diplomingenieur unterrichtet als Seiteneinsteiger an der Regionalen Schule in Rehna (Mecklenburg-Vorpommern) Wirtschaft und Informatik. „Wir erhöhen den Level in Hardware, Netzinfrastruktur sowie Fähigkeiten bei Team und Schülerschaft und sind an unserer Schule auf einem guten Weg.“ Ihr Bundesland sei vom „56k-Modem aufs Glasfaserkabel umgestiegen“, rühmte die Schleswig-Holsteinerin Prien und nannte ein einheitliches Lernmanagementsystem und Dienst-E-Mail-Adressen für alle Lehrkräfte. In Hamburg haben alle Schulen Tablets, Laptops und Rechner gekauft, die die Kinder im Fall des Lockdowns mit nach Hause nehmen können. Aber nicht jedes Kind schaffe den Sprung in die digitale Welt, sagt Frey: „Einige vermüllen ihre Passwörter oder begreifen die Aufgabe nicht.“ Auch Dannenberg weiß, dass nicht alle Kinder damit etwas anfangen können: „Gerade bei eher bildungsfernen Familien mit knappem Budget gibt es zu Hause oft kein Internet. Da hilft das Gerät wenig.“

So gilt in allen Ländern als oberstes Ziel, erneute Schließungen zu vermeiden. Doch ob der Virus da mitspielt? „Das Grundgefühl ist Unsicherheit“, sagt Frey in Ludwiglust. Viertklässlerin Samiah fasst die Lage so zusammen: „Corona ist schon doof.“

Esther Geißlinger,
freie Journalistin

Foto: Kay Herschelmann

MARLIS TEPE

# Viele Fragen offen

Nach den Sommerferien lassen die Bildungsminister*innen Schulen wieder im Regelbetrieb starten, Krippen und Kitas sind geöffnet. Das Echo ist geteilt, viele Kolleginnen und Kollegen wünschen sich den Vor-Corona-Alltag zurück, andere treibt die Sorge um ihre Gesundheit um. Die Verantwortlichen haben zu wenig getan, damit die Wünsche erfüllt und die Bedenken entkräftet werden. Klar, es ist die Quadratur des Kreises: Der Rechtsanspruch auf Bildung und Betreuung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Schutz und die Förderung benachteiligter Kinder und Jugendlicher sowie der Schutz vor der Pandemie sind kaum zu vereinbaren. Zugegeben: keine leichte Aufgabe. Aber gerade in einer solchen Krise müssen die Verantwortlichen dafür werben, gemeinsam nach den besten Lösungen zu suchen. Was ich erwartet hätte: Gespräche mit Gewerkschaften und Eltern- und Schüler*innenvertretungen, mit Schulträgern, den kommunalen Spitzenverbänden und Kita-Trägern, mit Erziehungswissenschaftler*innen und Virolog*innen, mit Bauingenieur*innen, um Kinder und Jugendliche sowie die Beschäftigten bestmöglich zu schützen. Zudem hätten wir eine Gefährdungsbeurteilung für jede Einrichtung gebraucht. Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat die Lehrerorganisationen jedoch nicht zu ihren Beratungen eingeladen, als sie am 14. Juli den Rahmenplan für die Zeit nach den Sommerferien verabschiedete. Darin heißt es: „Die Aufnahme der Beschulung in vollständigen Lerngruppen ohne Mindestabstand ist nur bei strikter Einhaltung der Infektionsschutz- und Hygienemaßnahmen umsetzbar.“ Nun wird der Präsenzunterricht eingeführt. Schutzmaßnahmen und Hygienepläne aber sind nicht ausreichend abgesichert. Das gilt für das Lüften, die Kohortenbildung, die Nutzung der Masken. Wer den Arbeitsschutz sicherstellen will, hätte die SARS-CoV-2-Regel der Bundessregierung anwenden müssen. Rechtssicher würde gehandelt, wenn die Personalvertretungen bei der Umsetzung mitbestimmen, insbesondere dann, wenn die Abstandsregel nicht eingehalten werden kann.

Der Umgang mit den Risikogruppen ist ein Flickenteppich. Etwa 6 Prozent der Kolleg*innen haben sich beim Schulstart in den ersten Bundesländern für zu den Risikogruppen gehörig erklärt; wie es ihnen ergeht, hängt davon ab, wo sie wohnen. Wir sind froh, dass die Schulen jetzt endlich digitale Endgeräte erhalten sollen. In der Öffentlichkeit wird allerdings fälschlicherweise der Eindruck erweckt, alle Lehrkräfte und Schüler*innen seien nun schon ausgestattet. Es muss kommuniziert werden, dass das Geld von der Bundesregierung nicht sofort vor Ort ankommt. Es fehlt an Systemadministrator*innen, an Fortbildungen, an Lernplattformen und Datensicherheit, an Hilfen und Verbindlichkeiten. Die Kombination aus Präsenz- und Fernunterricht muss sofort besser vorbereitet werden. Alles braucht seine Zeit, Ausschreibungen ebenso wie die Lieferung der Geräte. Das muss den Menschen erklärt werden, damit sie nicht denken, dass die Digitalisierung vom Willen der Kolleg*innen in den Schulen abhängt.

Masken im Unterricht sind zur Pandemiebekämpfung sinnvoll, für das Unterrichtsgeschehen nicht. Sie sind der letzte Notnagel, wenn der Abstand im Klassenraum nicht eingehalten werden kann. Die KMK sollte für alle Bundesländer klären, welche Masken sinnvoll sind und Benutzungsregeln erstellen. Sogenannte Face Shields scheinen pädagogisch vernünftiger zu sein, aber sind sie auch sicher genug? Wir fordern die Mitbestimmung der Personalräte bei den Maßnahmen ein. Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) hat einen Kita-Corona-Beirat einberufen. Die GEW wird durch Björn Köhler, Vorstandsmitglied Jugendhilfe und Sozialarbeit, vertreten. Auch Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) und die KMK müssen stärker vorausdenken. Dazu gehört auch ein gemeinsames Nachdenken über eine zeitgemäße Pädagogik – jetzt und für die Nach-Corona-Zeit. Wir stehen dafür bereit!

Marlis Tepe,
GEW-Vorsitzende

# Ernüchternde Bilanz

**// Mit dem „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“ sollten die Länder auch für mehr Dauerstellen an den Hochschulen sorgen. Eine Analyse der Ende Juni veröffentlichten Verpflichtungserklärungen zur Umsetzung des Zukunftsvertrags zeigt: Papier ist geduldig. Bund und Länder haben die Chance zu einer bundesweiten Entfristungsoffensive verpasst. //**

Am 26. Juni war es soweit. Nachdem Bund und Länder ein Jahr lang Geheimverhandlungen über die Ausgestaltung der Verpflichtungserklärungen zur Umsetzung des Zukunftsvertrags geführt hatten, wurden diese von der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) entgegengenommen und veröffentlicht. In ihren Erklärungen legen die 16 Länder dar, nach welchen Kriterien sie das Geld aus dem Zukunftsvertrag – es geht um jährlich 3,76 Milliarden Euro – an ihre Hochschulen verteilen.

Der Vertrag ersetzt am 1. Januar 2021 den bisherigen „Hochschulpakt 2020“, mit dem Bund und Länder seit 2007 immer wieder befristet Geld bereitstellten, um die stetig steigenden Studienanfängerzahlen zu bewältigen. Doch inzwischen mussten sie eingestehen, dass wir es nicht mit einem „Studierendenberg“ zu tun haben, sondern eher mit einem „Hochplateau“. Die Hochschulen brauchen also dauerhaft mehr Geld für zusätzliche Studienplätze. Der Zukunftsvertrag trägt dem Bedarf Rechnung und läuft unbefristet.

Damit wurde eine zentrale Forderung des „Budenheimer Memorandums“ aufgegriffen, das die GEW 2018 vorgelegt hatte. Mit einer weiteren GEW-Idee taten sich Bund und Länder indes schwer: der „Entfristungsoffensive“. Wenn der Zukunftsvertrag auf unbestimmte Zeit läuft, muss auch das mit dem Vertrag finanzierte Personal entfristet werden, argumentierte die Bildungsgewerkschaft. Alle mit dem Zukunftsvertrag finanzierten Stellen sollten daher Dauerstellen werden, so die Forderung der GEW, die sie mit ihrer Schwestergewerkschaft ver.di und Mittelbauinitiativen in den Mittelpunkt der Kampagne „Frist ist Frust“ stellte.

## Weiter Druck nötig

Mit der Kampagne hat das Bündnis erreicht, dass der Zukunftsvertrag die Länder verpflichtet, einen Schwerpunkt beim Ausbau von dauerhaften Beschäftigungsverhältnissen des Lehrpersonals zu setzen. Vor diesem Hintergrund war die Veröffentlichung der Verpflichtungserklärungen der Länder mit Spannung erwartet worden. Die Bilanz fällt jedoch ernüchternd aus.

Die Länder richten entweder unverbindliche Erwartungen an ihre Hochschulen oder lassen ihnen sogar vollkommen freien Gestaltungsspielraum. Soweit überhaupt Zielquoten für den Anteil der Dauerstellen genannt werden, gehen diese kaum über den Status quo hinaus. Solange es bei derartig wachsweichen Verpflichtungserklärungen bleibt, hat der Zukunftsvertrag nicht das Zeug zur Entfristungsoffensive.

Damit nicht genug: Mit dem Zukunftsvertrag dürfen weiterhin Lehrkräfte mit hohen Deputaten mit Kurzzeitverträgen finanziert werden – eine Obergrenze für die Lehrverpflichtung enthält keine der Vereinbarungen. Das unterminiert die Qualität der Lehre im Studium, die in Zeiten der pandemiebedingten Online-Angebote besonderer Aufmerksamkeit bedürfte.

Anzuerkennen ist, dass nicht alle Länder auf ein „Weiter so“ setzen, sondern es auch positive Ansätze gibt. So hat etwa Bremen eine Quote von 65 Prozent unbefristeter Beschäftigungsverhältnisse für das Personal vorgegeben, das aus dem Zukunftsvertrag finanziert wird. Rheinland-Pfalz hat sich vorgenommen, 750 Dauerstellen zu schaffen, und möchte 44 Prozent der Zukunftsvertragsmittel in Dauerstellen fließen lassen.

Es lohnt sich, die Verpflichtungserklärungen sorgfältig zu analysieren und vor Ort Druck zu machen, um das Beste aus den Papieren herauszuholen. Das ist jede einzelne Dauerstelle wert, die an einer Hochschule erkämpft werden kann.

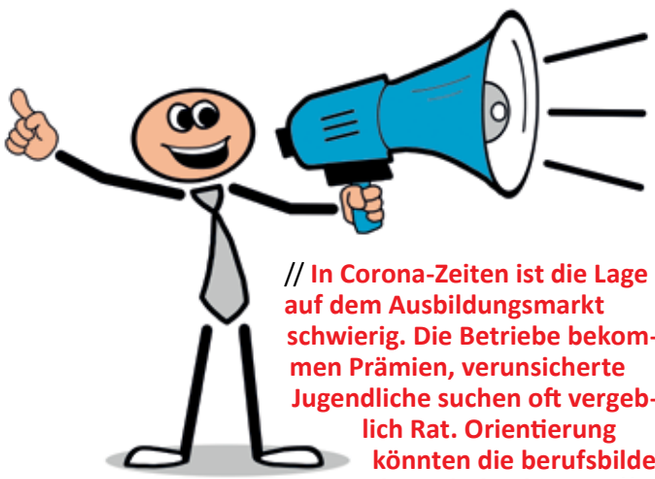
Andreas Keller,
stellvertretender GEW-Vorsitzender und Vorstandsmitglied
für Hochschule und Forschung

**Verpflichtungserklärungen unter der Lupe:
www.gew.de/verpflichtungserklaerung-lehre**

Foto: Kay Herschelmann

**Kurzzeitverträge für Lehrende sind auch mit dem Zukunftsvertrag für die Hochschulen möglich. Das unterminiert die Qualität der Lehre im Studium, die in Zeiten der pandemiebedingten Online-Angebote besonderer Aufmerksamkeit bedürfte.**

# Viele schwarze Wolken am Himmel



**// In Corona-Zeiten ist die Lage auf dem Ausbildungsmarkt schwierig. Die Betriebe bekommen Prämien, verunsicherte Jugendliche suchen oft vergeblich Rat. Orientierung könnten die berufsbildenden Schulen bieten. //**

Wenn Klaus Gräbener, Chef der Industrie- und Handelskammer (IHK) in Siegen, auf die Zahl der Ausbildungsplätze in der Region schaut, dann ist er ziemlich ratlos. Natürlich hat er den Rückgang bei den angebotenen Lehrstellen im Corona-Krisenjahr erwartet. Das Minus von 26 Prozent in der Halbjahresbilanz hat ihn dann aber doch überrascht. Klar, die Industriebetriebe leiden unter der Krise, Kurzarbeit ist an der Tagesordnung, und wie viele im Herbst zum Insolvenzrichter gehen müssen, will der Kammer-Mann nicht voraussagen. Viele schwarze Wolken am Himmel, aber einen derartigen Einbruch auch bei der Ausbildung, den hatte er so nicht erwartet.

Die IHK in Siegen griff zum Telefon und kontaktierte 670 Betriebe direkt, die weniger Verträge als im Vorjahr abgeschlossen hatten. Die betrieblichen Einzelerfahrungen fügten sich dann zu einem gar nicht so negativen Bild zusammen: Es gab zum Stichtag bei sinkendem Angebot noch 600 freie Ausbildungsplätze in den IHK-Mitgliedsbetrieben. „Das ist schwer zu erklären: Auf der einen Seite sinkt wegen der konjunkturellen Unsicherheiten das betriebliche Angebot in Teilen der Wirtschaft, aber trotzdem gibt es noch viele unbesetzte Stellen“, beschreibt Gräbener das Dilemma.

## Flucht ins Studium

Überrascht sind die Akteure vor Ort vom Rückgang bei den Bewerberinnen und Bewerbern. Offenbar zögern viele Jugendliche, bei den Angeboten zuzugreifen. „Wir glauben, dass viele Eltern ihren Kindern wegen der gravierenden wirtschaftlichen Unsicherheiten derzeit raten, zunächst noch ein Jahr in die Schule zu gehen oder aber ein Studium in Angriff zu nehmen.“

Wenden die Schulabgänger sich jetzt von der beruflichen Ausbildung im Betrieb ab? Ob das so ist und wie viele es am Ende sein werden, das ist noch unklar. Erst wenn im Herbst die genaue Zahl der Studienanfänger sowie der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge und einige Monate später die Daten der berufsbildenden Schulen vorliegen, wird zu erkennen sein, ob sich die Bildungsströme unter dem Eindruck der Corona-Krise neu sortieren.

Aber schon jetzt steht fest: Es gibt viel Unsicherheit bei den Jugendlichen. Die jährliche Absolventenbefragung des u-form Verlags zeigt: 73 Prozent der Schulabgängerinnen und -abgänger haben Angst, keinen Ausbildungsplatz zu finden. Auch Ansgar Klinger, GEW-Vorstandsmitglied für Berufliche Bildung, registriert die Verunsicherung. „Gerade Abiturienten wenden sich von der dualen Berufsausbildung ab und setzen auf das vermeintlich sichere Studium. Um diese Gruppe mache ich mir aber keine Sorgen, die wird ihren Weg gehen. Um die anderen, die jetzt ganz wegbleiben, um die müssen wir uns kümmern.“

Für Klinger sind gerade die Jugendlichen ohne Hochschulzugangsberechtigung „Opfer eines weitreichenden Ausfalls der etablierten Berufsberatung in den Schulen“. Schließlich konnten Berufsberatung und -orientierung in den entscheidenden Monaten wochenlang nicht in der bisherigen Form stattfinden, und damit fehlte es an Anleitung und Empfehlungen. „Das rächt sich jetzt. Und es gab auch nicht den Druck von Lehrkräften, sich um einen Ausbildungsplatz zu kümmern.“ Für den GEW-Mann erklärt dies einen Teil der nachlassenden Nachfrage nach Ausbildungsplätzen.

Tobias Maier, Forscher beim Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) in Bonn, zieht Parallelen zum Verhalten der Jugendlichen während der Finanzkrise 2009. Auch damals ging die Nachfrage nach betrieblicher Ausbildung deutlich zurück. Stattdessen gab es vermehrt den Wunsch, einen allgemeinbildenden Schulabschluss nachzuholen oder ein Studium aufzunehmen. BIBB-Forscher Maier prognostiziert, dass der Übergangsbereich in den berufsbildenden Schulen oder die schulischen Angebote in den Bereichen Pflege und Erziehung dieses Jahr mehr Interessierte anziehen.

Der Jugendsoziologe Prof. Klaus Hurrelmann aus Berlin sieht keine Verwerfungen, wenn er den Hochqualifizierten rät, auf ihre sehr gute Qualifikation zu vertrauen. „Der mittleren Gruppe würde ich raten, sich fortzubilden und nicht um jeden Preis auf den Arbeitsmarkt zu stürmen. Vielen jungen Menschen war es zuletzt wichtig, dass ein Job nicht nur Joch, sondern auch Freude mit sich bringt – das kann so bleiben.“ Bei der dritten Gruppe ist für ihn klar: „Die sollten gerade alles daransetzen, ihr Qualifikationsniveau zu verbessern.“

## Rationale Entscheidung

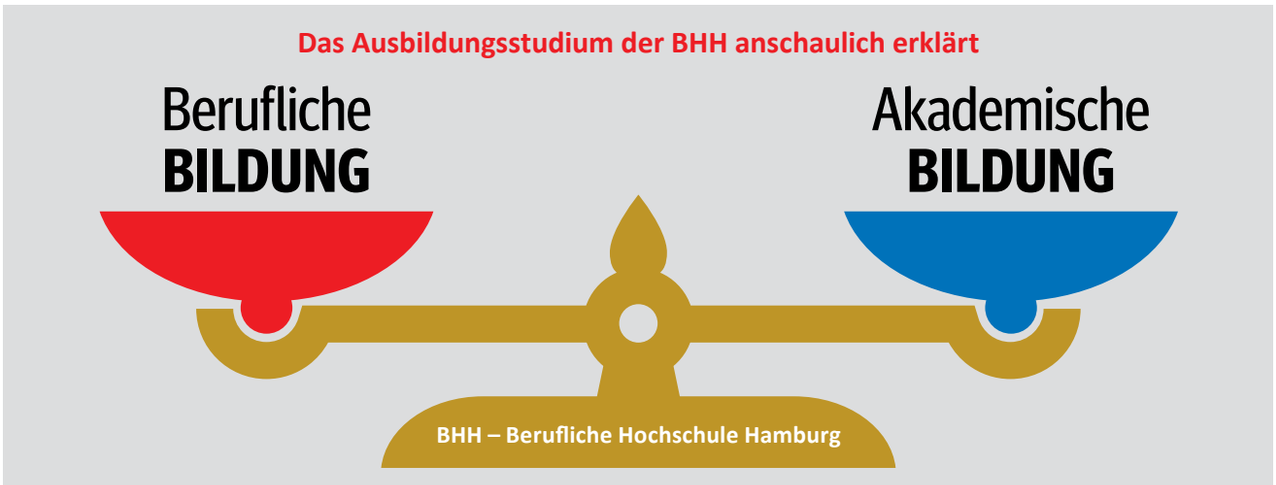
Britta Delique, Mitglied im Leitungsteam der Bundesfachgruppe für kaufmännische Berufe der GEW und Schulhauptpersonalrätin, hat für das Land Niedersachsen noch keinen Überblick, einen Aufwuchs erwartet sie allerdings im Bereich Pflege und Handel. Die Lehrerin an der berufsbildenden Schule I in Leer hofft, dass die staatlichen Ausbildungsprämien wirken.

Ralf Becker, Berufsschullehrer an der Werner-Heisenberg-Schule in Rüsselsheim und Vorsitzender der Bundesfachgruppe gewerbliche Schulen der GEW in Hessen, rechnet damit, dass „viele Jugendliche weiter zur Schule gehen und hier insbesondere in die Vollzeitformen der beruflichen Schulen“. Für sie ist das eine sichere Option, um dann, nach überstandener Pandemie, mit besseren Voraussetzungen in eine Ausbildung zu starten.

Für Bildungsexperte Klinger ist das Hinausschieben der Berufsentscheidung in einer unsicheren Zeit ziemlich rational. „Das kann Auswirkungen haben auf die Angebote der Grundbildung und Vorbereitung – die können einen Nachfrage-Schub bekommen.“ Den Übergangsbereich aufzustocken, sei zwar denkbar – aber es stelle sich dann die Frage, wer diese Klassen unterrichtet. „Vollzeitschulische Bildungsgänge sind stundenintensiver als Teilzeitklassen im dualen System. Wir haben einen enormen Mangel an Lehrkräften. Ein zusätzliches Angebot aus dem Boden zu stampfen, ist in jedem Fall schwierig, aber machbar.“

Klaus Heimann,
freier Journalist

bit.ly/bmbf-ausbildungsplaetze-sichern




Grafik: zplusz

**Die neugegründete Berufliche Hochschule in Hamburg soll im Wintersemester 2021/22 ihren Betrieb aufnehmen.**

# Das Beste aus allen Welten

**// An der neuen Beruflichen Hochschule Hamburg (BHH) lassen sich erstmals Berufsausbildung und Bachelorstudium gleichzeitig absolvieren: ein Novum in Deutschland. //**

Studium oder Lehre? Viele Jugendliche tun sich schwer mit der Entscheidung, was für sie das Richtige ist. Trotz Beratungsangeboten in der Schule, das zeigt die Forschung, bleibt die Unsicherheit oft groß und führt nicht selten zum Abbruch des zunächst gewählten Wegs. Einige entschließen sich zu einem Nacheinander der beiden Optionen und machen zuerst eine Ausbildung und danach noch ein Studium. Fünf bis sechs Jahre müssen sie dafür aufwenden und etliche Dopplungen in Kauf nehmen, weil vieles nicht fürs Studium anerkannt wird, was in der Ausbildung gelernt wurde.

Die BHH bietet nun eine Möglichkeit, diesem Dilemma zu entgehen. Wenn die neue Hochschule im kommenden Jahr ihren Lehrbetrieb aufnimmt, können Schulabsolventinnen und -absolventen gleichzeitig beides machen: eine Berufsausbildung und ein Bachelor-Studium. Statt Entweder-oder geht es um Sowohl-als-auch. In nur vier Jahren lassen sich mit der studienintegrierenden Ausbildung, so der Fachbegriff, zwei Abschlüsse erwerben.

„Wir führen erstmals drei Lernorte in einem integrierten Modell zusammen“, sagt Sascha Hartung, der den Aufbau der BHH als Projektleiter steuert. „Wir bieten damit das Beste aus drei Welten: Lehrbetrieb, Berufsschule und Hochschule.“ Gegenüber praxisintegrierenden dualen Studiengängen gibt es einen klaren Vorteil. „Die Berufsausbildung ist verpflichtender Bestandteil und nicht nur Anhängsel an ein im Zentrum stehendes Studium.“

## Neues Curriculum

Dafür wurde eigens ein neues Curriculum entwickelt. „Wir haben uns gefragt, was kann die Berufsschule besonders gut und was die Hochschule?“, sagt Hartung. Beides wurde miteinander verschränkt. „Diese Verzahnung vermeidet Dopplungen, das Arbeitspensum entspricht einer klassischen Fünf-Tage-Woche.“

Die Jugendlichen suchen sich zunächst eine Lehrstelle bei einem Unternehmen, das mit der BHH kooperiert, und schreiben sich an der Hochschule ein. Ausbildung und Studium starten parallel und werden in einer Bezugsgruppe durchlaufen. Da die BHH eine staatliche Hochschule ist, gibt es keine Studiengebühren, im Gegensatz zu den meisten privaten Hochschulen, die gerade im Bereich der praxisintegrierenden Studiengänge eine immer größere Rolle einnehmen. Die Lernenden erhalten von Anfang an eine Ausbildungsvergütung. Nach 18 Monaten entscheiden sie erneut, wie es weitergehen soll. Wollen sie den Weg der Doppelqualifizierung fortsetzen? Oder ausschließlich die betriebliche Ausbildung beenden?

Die BHH ist ein Novum im deutschen Bildungssystem. Sie ist die einzige Hochschule, die sich nur auf die studienintegrierende Ausbildung konzentriert. Initiiert wurde das Projekt im März 2018 vom heutigen Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD), der damals noch Hamburgs Erster Bürgermeister war. Eine Projektgruppe wurde eingesetzt sowie Bildungsexpertinnen und -experten zur Beratung mit ins Boot geholt, genauso wie Unternehmensverbände, die Handelskammer, die Handwerkskammer und der Deutsche Gewerkschaftsbund Hamburg. Zum 1. Januar 2020 ist die BHH gegründet worden.

Mittlerweile wurde das Gründungspräsidium berufen, mit der Wirtschaftspädagogin Jutta Franke von der Europäischen Fachhochschule in Brühl an der Spitze. „Das Konzept der BHH ist visionär“, sagt sie. Interesse an dem Konzept der studienintegrierenden Ausbildung zeigen mittlerweile auch andere Bundesländer.

Losgehen soll es in Hamburg zum Wintersemester 2021/22 mit zunächst 250 Studierenden. Jährlich sollen weitere

250 dazukommen, bis 2025 der Regelbetrieb mit dann 1.000 erreicht ist. Bei Vollauslastung liegen die Kosten bei 5,6 Millionen Euro, die aus dem Haushalt für Schule und Berufsbildung der Hansestadt finanziert werden. Als „Startformation“, so Projektleiter Hartung, seien vier Studiengänge vorgesehen, drei aus dem kaufmännischen Bereich plus BWL-Studium sowie Informatik. „Weitere Studiengänge könnten dazukommen“, sagt Hartung, „auch aus Bereichen wie Soziale Arbeit, Gesundheit, Ingenieurswesen.“

## Kritik am Auswahlverfahren

Das Konzept der studienintegrierenden Ausbildung geht auf die Wirtschafts- und Organisationspädagogen Dieter Euler und Eckardt Severing zurück. Seit langem setzen sie sich dafür ein, berufliche und akademische Bildung nicht nur durchlässiger zu machen und damit für mehr Chancengerechtigkeit zu sorgen. Sie plädieren auch für eine Verzahnung der Bildungsgänge, um dem Wandel besser gerecht zu werden, der sich – unter anderem durch die Digitalisierung – in der Arbeits- und Lebenswelt vollzieht. Wenn Absolventinnen und Absolventen sowohl über anspruchsvolle praktische Fertigkeiten als auch akademische Kompetenzen verfügen, profitieren sie genauso wie die Unternehmen, die hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewinnen und diese länger an sich binden können. „Die BHH ist ein interessanter, guter Weg“, sagt Ansgar Klinger, GEW-Vorstandsmitglied für Berufliche Bildung und Weiterbildung, der dem Gründungsbeirat der neuen Hochschule angehört. „Problematisch ist aber, dass die Auswahl kein demokratisches Verfahren ist“, kritisiert er. „Obwohl die BHH eine staatlich finanzierte Hochschule ist, kann nicht jeder, der will, dort ein Studium aufnehmen, sondern die Unternehmen entscheiden, die ausbildenden Betriebe.“ Und auch für Schulabsolventinnen und -absolventen ohne Hochschulberechtigung sollte die BHH aus Klingers Sicht offenstehen.

Tatsächlich hängt vieles von den Unternehmen ab. Werden genug mitmachen und einen Ausbildungsplatz anbieten? „Viele Unternehmen sind interessiert“, sagt Projektleiter Hartung. „Es gibt eine hohe Aufmerksamkeit für das Projekt.“ Er rechnet fest damit, dass die BHH pünktlich starten kann, auch wenn die Unsicherheiten durch die Corona-Pandemie für viele Unternehmen das Planen erschweren. „Wir sind im Zeitplan“, sagt er. „Wir können auch mit einer Mindestanzahl von 22 Studierenden pro Studiengang beginnen.“ Interessenten können sich schon jetzt bewerben.

Verena Kern,
stellvertretende Chefredakteurin des
Online-Magazins klimareporter°

**bhh.hamburg.de**


# Lärmfrei im Unterricht

**Lärm gehört im Schulalltag sowohl bei Lehrkräften als auch Schülerinnen und Schülern zu den größten Belastungsfaktoren. Ursache hierbei sind meist nicht etwa besonders laute Klassen, sondern Räume mit schlechter Akustik und langen Nachhallzeiten, die den Geräuschpegel unnötig verstärken. Was kann man dagegen tun und welche Vorteile bringt das?**

**Schallabsorber als Lärmschlucker**

Schon einfache Maßnahmen bewirken in der Praxis große Veränderungen. Schallabsorber, gezielt angebracht auf Wand- und/oder Deckenflächen, schlucken Schall und verhindern, dass Geräusche zurück in den Raum geworfen werden. Das beruhigt die Akustik nachweislich.

**Entspanntes Lernklima und mehr Konzentration für Schülerinnen und Schüler**

Studien belegen: Eine gute Akustik verbessert die Sprachverständlichkeit und Konzentrationsfähigkeit. Besonders jüngere Kinder, Schülerinnen und Schüler, denen das Lernen schwerfällt sowie Hörbeeinträchtige und Nicht-Muttersprachler profitieren davon. Auch die Lernbedingungen bei Unterrichts- und Lernformen wie Gruppenarbeit oder offenem Unterricht, die den Lärmpegel – vor allem bei langen Nachhallzeiten – regelrecht in die Höhe schießen lassen, werden deutlich positiv beeinflusst. Zusätzlich beugt eine gute Raumakustik Ermüdung, Anspannung, Stress und Gereiztheit vor und fördert so ein entspanntes, produktives Lernklima.

**Bessere Arbeitsbedingungen und Gesundheitsprävention für Lehrkräfte**

Auch für Lehrerinnen und Lehrer hat das Thema Raumakustik enorm an Bedeutung gewonnen. Lärm gilt in dieser Berufsgruppe als größter Stressauslöser sowie als Faktor für psychische Erkrankungen. Viele Lehrkräfte geben an, sich nach Feierabend besonders erschöpft zu fühlen, verstärkt unter Beschwerden wie Heiserkeit, Kopfschmerzen oder Tinnitus zu leiden oder nur noch ruhigen Freizeitaktivitäten nachgehen zu können. Lärmschutz ist demnach nicht nur ein Baustein für pädagogische Erfolge, sondern ein wichtiger Beitrag zur Gesundheitsförderung.

**aixFOAM Schallabsorber bringen Ruhe in die Schule**

Als Schallschutz-Experten mit über 60 Jahren Erfahrung wissen wir, worauf es beim Lärmschutz in Schulen ankommt. Und dieses Wissen teilen wir gerne mit Ihnen – in einer kostenfreien, telefonischen Akustikberatung. Besprechen Sie Ihr Anliegen sowie örtliche Gegebenheiten ganz einfach mit unseren Fachplanern und Fachplanerinnen. Im Anschluss erhalten Sie von uns ein unverbindliches Angebot, entsprechend Ihrer akustischen Anforderungen. Unsere Schallabsorber für Schulen sind hocheffektiv, leicht und sauber zu montieren, schadstofffrei und nach Brandschutzklasse DIN 4102 zertifiziert. Wir freuen uns auf Ihren Anruf!

ANZEIGE

# Rechte der Lehrkräfte achten

**// Israel kämpft gegen die zweite Corona-Welle. Die Infektionszahlen stiegen mit der Wiederöffnung der Schulen im Mai. Ein Interview mit der Generalsekretärin der israelischen Bildungsgewerkschaft Histadrut HaMorim, Yaffa Ben David. //**

**E&W:** Israel hat seine Schulen nach dem ersten Corona-Ausbruch schnell geschlossen und schnell wieder geöffnet. Hatte die Lehrergewerkschaft Anteil an den Entscheidungen?

**Yaffa Ben David:** Gleich zu Beginn der Krise habe ich Premierminister Benjamin Netanjahu (Likud) gebeten, alle Schulen zu schließen. Das geschah dann auch am 15. März. Bis zu den Ferien zum Passahfest im April waren sie komplett geschlossen. Die Lehrkräfte in Schulen und Kindergärten mussten auf Distanz unterrichten. Sie haben ein Unterrichtsprogramm entwickelt und Aktivitäten auf den Weg gebracht.

**E&W:** Mit welchen Schwierigkeiten hatten Sie während der Schulschließung zu tun?

**Ben David:** Lehrende wie Lernende mussten sich technologisch fortbilden und lernen, wie man Internetplattformen nutzt. Schwierig war, dass einige Schülerinnen und Schüler keine Computer besaßen, besonders in den ultraorthodoxen und in einigen arabischen Gemeinschaften. In manchen Familien gab es nur einen Computer für mehrere Kinder. Die Regierung hat dann Geld zur Verfügung gestellt, um für die meisten dieser Kinder Computer zu kaufen. Die können sie auch in Zukunft nutzen. Die Gewerkschaft hat Lehrerinnen und Lehrern geholfen, verschiedene Wege der Kommunikation mit den Lernenden zu finden, zum Beispiel ihnen Aufgaben am Telefon zu geben. Die Lehrkräfte haben sehr hart gearbeitet, um alle Gruppen zu erreichen und den Unterricht fortzusetzen.

**E&W:** Unter welchen Bedingungen haben die Schulen im Mai wieder aufgemacht?

**Ben David:** In Israel sind die Gruppen in Schulen und Kindergärten relativ groß. Deshalb haben wir bei der Wiederöff-

**In Israel nahmen die Schulen den Regelbetrieb bereits Mitte Mai wieder auf. Nachdem die Zahl der mit Corona Infizierten wieder in die Höhe schnellte, mussten viele jetzt jedoch wieder schließen. Überall im Land versuchte man, mit Tests Infektionsherde zu lokalisieren und Infektionsketten zu unterbrechen.**

Foto: picture alliance/Xinhua News Agency

nung mit kleinen Gruppen angefangen. In Kindergärten zum Beispiel kamen die ersten 17 Kinder für die ersten drei Tage der Woche und die zweite Gruppe von 17 Kindern in der zweiten Wochenhälfte. Auch in den ersten drei Klassen der Grundschule wurde in kleinen Gruppen gearbeitet. Nach einer Woche haben die Schulen den Normalbetrieb wieder aufgenommen. Als es dann so viele Ansteckungen gab, hat Histadrut HaMorim die komplette Schließung jeder Schule bei nur einem einzigen Coronafall verlangt. Das Gesundheitsministerium wollte erst bei drei Fällen schließen, aber der Premierminister hat unsere Position übernommen. In der Folge waren etwa 200 Schulen bis Ende Juni wieder geschlossen.

**E&W:** Wie wirkt sich die Krise auf die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte aus?

**Ben David:** Es gab einen großen Konflikt mit dem Finanzministerium über Bezahlung und Arbeitszeit. Lehrerinnen und Lehrer sollten 17 zusätzliche Tage in den Sommerferien unentgeltlich arbeiten. Histadrut HaMorim hat auf hundertprozentiger Vergütung bestanden. Wir hatten mit allerhand Widerstand zu tun, vom Finanzministerium, der Öffentlichkeit und besonders von Eltern, die zur Arbeit mussten und nicht verstanden, wie viel Lehrkräfte während der Krise geleistet haben. Am Ende haben wir ein Abkommen mit dem Ministerium über neun zusätzliche Tage unterschrieben – aber unter der Bedingung, dass es für alle Lehrenden gilt. Histadrut HaMorim organisiert 160.000 Lehrkräfte in Kindergärten, Grundschulen und den unteren Klassen der höheren Schulen. Die Lehrkräfte der weiterführenden Schulen sind nicht von der Regierung angestellt, sie sind in einer anderen Gewerkschaft organisiert. Sie haben nicht zugestimmt, so wie wir es erwartet hatten. Unser Grundsatz der Gleichheit für alle Lehrkräfte wurde damit nicht

Foto: Reuven Kopitchinski

**Yaffa Ben David**

eingehalten. Also begannen die Ferien am 1. Juli für alle ohne Verzug, wie sonst auch. Das war ein großer Sieg für Histadrut HaMorim.

**E&W:** Gibt es Schutzmaßnahmen für die Risikogruppen unter den Lehrkräften?

**Ben David:** Die Regierung fordert die Lehrerinnen und Lehrer auf, zur Schule zu kommen, selbst wenn sie zu einer Risikogruppe gehören. Allerdings unterrichten sie dann nur in kleinen Gruppen und an abgetrennten Orten. Das Problem ist, dass wir dafür nicht genug Raum in den Schulen haben. Es gibt auch nicht ausreichend Lehrkräfte, um die zu ersetzen, die außerhalb des Lehrplans arbeiten. Der Schutz der Risikogruppe ist ein großes Problem in Israel, nicht nur an den Schulen.

**E&W:** Gelten besondere Regeln für die Abschlussprüfungen?

**Ben David:** An den Grundschulen fanden die Prüfungen einfach nicht statt. Statt Zensuren wurden Bewertungen in die Zeugnisse geschrieben. Für die Abiturprüfungen an den weiterführenden Schulen kamen die Prüflinge in die Schule, allerdings nur in kleinen Gruppen. Das Bildungsministerium hat auch das Material und die Anzahl der Fächer für die Vorbereitung reduziert. Anstelle von Dutzenden hatten die Schülerinnen und Schüler jetzt nur fünf Fächer.

**E&W:** Die Corona-Krise ist auch für den Kontakt der Gewerkschaften mit ihren Mitgliedern eine Herausforderung. Wie geht die israelische Bildungsgewerkschaft damit um?

**Ben David:** Es gibt verschiedene Wege, Kontakt mit Mitgliedern zu halten, zum Beispiel haben wir SMS und alle Arten von Textnachrichten verschickt. Um auf die Fragen unserer Mitglieder einzugehen, haben wir eine Corona-Telefonnummer eingerichtet; die wurde von etwa 6.000 Mitgliedern genutzt. Wir bieten Vorträge und Diskussionen online über Videokonferenzen an. Außerdem gibt es einen Marketing-Klub, der Mitgliedern hilft, billig an Produkte zu kommen. Durch den haben wir während der Quarantäne, als niemand raus durfte, Menschen mit den Dingen versorgt, die sie brauchten.

**E&W:** Was können Sie aufgrund Ihrer Erfahrungen den Kolleginnen und Kollegen in Deutschland empfehlen?

**Ben David:** Arbeit in kleinen Gruppen, Kreativität und keine Angst vor Veränderungen wie – je nach Wetter – Unterricht im Freien oder auf Distanz. Alle müssen sich an die Regeln halten, Masken tragen, Abstand wahren, sich die Hände waschen und Desinfektionsmittel benutzen. Verantwortlich ist jeder persönlich. Mit Selbstdisziplin kommen wir gemeinsam da raus und besiegen diese Krankheit.

Für die Gewerkschaft ist es sehr wichtig, mit der Regierung zusammenzuarbeiten und den Arbeitsplan für das nächste Jahr mitzugestalten. Wir müssen sicherstellen, dass die Rechte von Schulleitungen und Lehrkräften bereits bei der Planung berücksichtigt werden.

Interview: Sigrid Thomsen,
freie Journalistin

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €
Vorteilszins für den öffent. Dienst
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig
2,50% echter Vorteilszins effektiver Jahreszins
Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484.- € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.
SUPERCHANCE um teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.
Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen
Exklusivzins sehr gut
AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel: (0621) 178180-0
info@ak-finanz.de
www.AK-Finanz.de

# Nicht im Stich gelassen

**// Im September findet in vielen Schulen die Faire Woche statt. Sie zeigt: Gerechtere Erntepreise, keine Kinderarbeit und enge Partnerschaften – das sind wichtige Kriterien des Fairen Handels. Sie bewähren sich auch in der Corona-Krise. //**

Kilometerweit ziehen sich die Bananenplantagen durch das Chira-Tal im Norden Perus. Ein paar Hektar davon gehören Héctor Arévalo Valladares. Seit einigen Jahren beliefert der Kleinbauer über eine Kooperative auch den Discounter Lidl mit Bananen, die sowohl das Bio- als auch das Fairtrade-Siegel tragen. Valladares bekommt für die Kiste Bananen – rund 19 Kilo – umgerechnet 4,50 Euro statt der 2,40 Euro wie seine Nachbarn, die den konventionellen Markt beliefern. Zum ersten Mal hat er genügend Geld, seine Kinder zur Schule zu schicken.

Doch die Schulen sind Anfang August noch geschlossen. Auch in Peru grassiert das Sars-CoV-2-Virus und bringt die Wirtschaft nahezu zum Erliegen. Ein paar Wochen blieb Valladares auf seiner Ernte sitzen – wegen der Ausgangssperre kamen Pflücker und Verpacker nicht mehr zur Arbeit und die Früchte nicht mehr zum Hafen. Doch jetzt zeigt sich: Als Erzeuger für den Fairen Handel kommt Valladares besser über die Runden. Er rechnet zwar mit Einbußen, „aber dank des Fairen Handels werden die Kooperative und wir Kleinbauern nicht untergehen“.

## Corona trifft Erzeuger hart

Das kann nicht jeder Kleinbauer im Globalen Süden sagen. Im Gegenteil: Viele Erzeuger trifft die Corona-Krise hart. „Weltweit haben Kleinproduzenten, die Kaffee, Tee, Reis und andere Produkte unseres täglichen Bedarfs herstellen, mit dramatischen Umsatzeinbußen wegen der Corona-Krise zu kämpfen“, sagt Christoph Albuschkat vom Weltladen-Dachverband. Textilien, Kerzen, Holzfiguren – etliche Werkstätten von Handelspartnern mussten ihren Betrieb schließen. Andere bleiben auf Ernten sitzen, „weil die Grenzen zu sind oder die Speditionen nicht arbeiten“, so Albuschkat. Wer durch den Lockdown Arbeit und damit Einkommen verliert, hat jetzt noch weniger Geld für Essen – oft in Regionen, in denen es weder Ärzte noch Pfleger, geschweige denn Intensivbetten gibt.

Dennoch sind Erzeuger für den Fairen Handel wirtschaftlich häufig „deutlich besser dran als die Produzenten, die für den konventionellen Handel produzieren“, ist Albuschkat überzeugt. Diese wurden von Auftraggebern teilweise im Stich gelassen. Modeunternehmen hätten milliardenschwere Aufträge in Asien storniert, kritisiert die Initiative Lieferkettengesetz. Auch Fair-Handel-

Foto: Nina Mair/Brot für die Welt

**Bevor die Familie von Héctor Arévalo Valladares (re.) mit dem Bananen-Anbau begann, verkaufte sie im Ort Fleisch und baute Getreide an. Die Familie verdiente damit aber kaum Geld, es gab wegen der Trockenheit oft Ernten mit wenig Ertrag.**

## Tipps und Infos:

- Aktion #fairwertsteuer: Die eingesparte Mehrwertsteuer wird über einen Fonds an Handelspartner weitergegeben. Infos unter www.weltladen.de
- #StayHomeLiveFair: Solidaritätsaktion der World Fair Trade Organization. Infos unter www.wfto.com
- Alle fair erzeugten Produkte und Fair-Anbieter finden sich im Ratgeber „Fair einkaufen – aber wie?“, Verlag Brandes & Apsel, 6. aktualisierte Auflage 2019.
- Faire Woche: www.faire-woche.de

Importeure wie GEPA, El Puente oder WeltPartner haben durch die Pandemie mitunter Schwierigkeiten, die Ware in Deutschland abzusetzen, sagt Albuschkat. „Dennoch stornieren sie ihre Bestellungen nicht einfach; im Fairen Handel überlegen alle gemeinsam, wie sie miteinander am besten durch diese Krise kommen.“ GEPA-Sprecherin Brigitte Frommeyer etwa betont, „dass wir alle Bestellungen entgegennehmen“.

Dass Fair-Trade-Erzeuger in der Krise besser gewappnet sind als solche, die für den konventionellen Markt produzieren, liegt an den Besonderheiten des Fairen Handels. Er sieht für die meisten Produkte einen Mindestpreis vor. Durch die Corona-Krise ist der Preis für Kaffee an den Börsen zwar Anfang August auf 1,16 US-Dollar pro amerikanischem Pfund (0,45 Kilo) gefallen. Dennoch bekommen die Genossenschaften, deren Kaffee etwa mit dem Fairtrade-Siegel verkauft wird, für ihre Bohnen den Mindestpreis von 1,40 US-Dollar, für biofairen Kaffee sogar 1,90 US-Dollar.

Auch die faire Prämie, die sie neben dem Mindestpreis erhalten – im Fall von Kaffee 0,20 US-Dollar –, hilft den Erzeugern. Allein in Deutschland kamen 2019 über Verkäufe von Produkten mit dem Fairtrade-Siegel rund 38 Millionen Euro an Prämie zusammen. „Diese Prämien sind gerade in Corona-Zeiten extrem wichtig“, sagt Dieter Overath, Chef von Fairtrade Deutschland. „Die Kooperativen kompensieren damit derzeit Verdienstausfälle, finanzieren Hygiene- und Sanitärprojekte oder Nähkurse für Masken.“ Und die im Fairen Handel gezahlten Vorschüsse „sichern den Erzeugern zumindest ihre Grundversorgung“, sagt Anna-Maria Ritgen vom Importeur El Puente.

Auch die dritte Säule des Fairen Handels hilft den Produzenten in der Krise: „Weil alle weltweit von der Pandemie betroffen sind, ist partnerschaftliches Handeln besonders wichtig“, sagt GEPA-Chef Peter Schaumberger. In den meisten Ländern des Südens „sind Kleinbauern komplett auf sich selbst angewiesen“, betont Andrea Fütterer vom Forum Fairer Handel. „Sie benötigen die Stabilität des Fairen Handels jetzt mehr denn je.“

## Auslaufmodell Ausbeutung

Doch die Corona-Krise trifft auch die Handelspartner in Deutschland hart. „Alle an der Lieferkette beteiligten Akteure verzeichnen wirtschaftliche Einbußen“, sagt Albuschkat. „Einige Weltläden sind wieder bei den Vorjahresumsätzen, einzelnen droht aber die Schließung.“ Die GEPA rechnet für 2020 mit Umsatzeinbußen, Anfang August arbeitete fast jede und jeder Zweite kurz. Im April hat der Importeur wegen geschlossener Cafés oder Kantinen bis zu 70 Prozent weniger eingenommen und erst im Sommer manches durch die Supermärkte und den Onlineshop kompensieren können. Keine Absatzeinbußen meldet nur Fairtrade-Chef Overath: Die Produkte mit dem grünblauen Siegel werden überwiegend im Supermarkt verkauft – „und die Läden blieben ja offen“.

Ob der Faire Handel 2020 wieder zu seinen alten Umsätzen zurückfindet, ist offen. Überall ist der Ruf nach weniger Globalisierung und mehr regionalen Produkten zu hören. Allerdings: „Kaffee kann man nun mal nicht in Europa anbauen“, so Albuschkat. „Mittelfristig wird der Faire Handel gestärkt aus der Krise hervorgehen“, ist er überzeugt. Oder wie es Fairtrade-Chef Overath ausdrückt: „Wenn Ausbeutung schon vor Corona ein Auslaufmodell war, dann gilt das erst recht nach Corona.“

Martina Hahn,
freie Journalistin

Kindern eine Kindheit geben

**Mach mit! Unterstütze die Projekte der GEW-Stiftung *fair childhood.***
Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,
**IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00**
**BIC: BFSWDE33MUE**

www.gew.de/internationales/fair-childhood

*fair childhood* ist eine Treuhandstiftung unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds

**Ja,** ich möchte mehr Informationen *fair childhood.* Bitte sendet mir weitere Informationen zu.

E&W 09-2020

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

Bitte sende diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an:

***fair childhood***
GEW-Stiftung „Bildung statt Kinderarbeit“
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main

fair childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

Es gibt die Heimat, an der alle teilhaben können, und es gibt die, die sich über Ausschließungen definiert.

Foto: Jürgen Amendt

# Neue Worte, alte Werte

**// Der Politologe Timo Büchner hat ein Buch über den „Heimat"-Begriff in rechter Musik geschrieben. Und ist dabei auf erschreckende Kontinuitäten gestoßen. //**

**E&W:** Herr Büchner, gibt es einen nichttoxischen Heimatbegriff, oder ist „Heimat" per se ein reaktionäres Konzept?

**Timo Büchner:** Weder den Begriff noch das Konzept „Heimat" empfinde ich per se als reaktionär oder völkisch. Man muss unterscheiden zwischen einem inklusiven und einem exklusiven Erzählstrang. Beim inklusiven ist der Heimatbegriff nicht abhängig von der Herkunft oder der Religion einer Person. Beim exklusiven wird genau diese Abhängigkeit hergestellt. Das gilt auch für die Musik, in der sich diese beiden Erzählstränge ebenfalls gut wiederfinden lassen. Es gibt die Heimat, an der alle teilhaben können, und es gibt die, die sich über Ausschließungen definiert.

**E&W:** Sie schreiben, dass ein Denken, nach dem Heimat und Identitätssuche ein Grundbedürfnis des Menschen sei, sämtliche rechten Musikstile durchziehe – was ist an diesem Denken falsch?

**Büchner:** Ich würde nie bestreiten, dass Menschen ein Bedürfnis nach Wohlbefinden, nach Zugehörigkeit, nach so etwas wie Heimat haben, die sie selbst möglicherweise gar nicht so nennen. Ich bestreite aber, dass dieses Gefühl zwangsläufig an eine Nation gekoppelt ist. Genau das behauptet aber die Rechte: dass Heimat zwangsläufig national gedacht werden muss.

Foto: privat

**Timo Büchner**

**E&W:** Der AfD-Politiker Björn Höcke benutzt auffallend oft das Wort „Heimat". „Nation" oder gar „Rasse" finden sich in seinen Reden hingegen selten. Das dürfte kein Zufall sein, oder?

**Büchner:** Mit Sicherheit nicht. Das Praktische am Heimatbegriff ist ja, dass man ihn unterschiedlich aufladen kann, sodass er sowohl ein bürgerlich-konservatives als auch ein Neonazi-Spektrum ansprechen kann. Das macht den Begriff so attraktiv.

**E&W:** Sie sprechen von einem „vermeintlich unpolitischen", einem „neurechten" und einem „extrem rechten" Spektrum in der Musik. Was meinen Sie damit?

**Büchner:** Das extrem rechte Spektrum bezieht sich positiv auf den Nationalsozialismus, die Neue Rechte distanziert sich – teilweise aus strategischen Gründen – von ihm. Sie umfasst zum Beispiel die „Identitäre Bewegung", die rechtsintellektuelle Zeitschrift „Sezession" oder das „Institut für Staatspolitik" von Götz Kubitschek. Das vermeintlich unpolitische Spektrum mache ich an der Deutschrock-Band Frei.Wild fest, die sich selbst auch als unpolitisch bezeichnet. Wer sich mit den Texten befasst, merkt, dass das eine Marketingstrategie ist.

**E&W:** Viele Frei.Wild-Fans reagieren empört, wenn man ihrer Lieblingsband eine Nähe zu rechtem Gedankengut attestiert. Wie begründen Sie Ihr Urteil?

**Büchner:** Durch die Geschichte der Band ziehen sich zahlreiche Lieder, die zweifelsohne völkisch-nationalistisch sind. Das bekannteste heißt „Wahre

Werte“. Zudem sind zahlreiche Lieder von einem stark ausgeprägten Freund-Feind-Denken geprägt, das sich explizit gegen die kritische Presse richtet und in kruden Verschwörungsmythen mündet.

**E&W:** Täuscht der Eindruck, dass es um die klassischen Neonazi-Bands ruhiger geworden ist?

**Büchner:** Die Szene stagniert. Mit rund 300 Leuten rechne ich aber auch Ende September wieder, wenn in Ostritz das neonazistische „Schild-und-Schwert“-Festival stattfindet.

**E&W:** Ein großer Teil Ihres Buches ist neurechten Rappern wie Chris Ares oder Komplott gewidmet. Was ist das Neue an ihnen, und wie definieren die beiden „Heimat“?

**Büchner:** Es gibt zahlreiche inhaltliche Parallelen zum Rechtsrock – was den Rassismus oder den strukturellen Antisemitismus anbetrifft. Vom Nationalsozialismus und vom Rassebegriff distanzieren sie sich aber, stattdessen arbeiten sie mit Begrifflichkeiten wie Kultur oder Identität, die von neurechten Vordenkern wie Alain de Benoist eingeführt wurden. Da spielt natürlich auch der Heimatbegriff eine ganz zentrale Rolle.

**E&W:** Das heißt, die jungen Rapper schließen auch strategisch an die Neue Rechte an, die ja betont, dass ihre Ideologie erst eine kulturelle Hegemonie erreichen muss, ehe sich das in der Politik widerspiegelt.

**Büchner:** Man ist in der Neuen Rechten überzeugt, dass der vorpolitische Raum wichtig ist, dass man deshalb Metapolitik betreiben müsse. Und ein Werkzeug ist da eben die Musik. Ares betont auch immer wieder, dass er Musik als Propagandaform nutzen will, um junge Leute zu ködern.

**E&W:** Im Lied „Widerstand“ beschreibt Ares die Deutschen als von Zuwanderung und „Gutmenschentum“ bedrohtes Volk. Allerdings deutlich subtiler als das klassische Nazibands tun würden. Ist es dadurch auch gefährlicher?

**Büchner:** Gefährlich ist beides, auf unterschiedliche Art und Weise. NS-Bands wie Tonstörung rufen völlig unverschlüsselt zu Gewalt auf. Ares ist auf andere Art gefährlich, weil er viel codiert und dadurch anschlussfähiger ist. Doch auch er hat verschlüsselte Aufrufe zur Gewalt in seinen Texten.

**E&W:** Sie stellen Hip-Hop als migrantisch geprägte Musik dar, die von den Rechten missbraucht wird. Das ist aber ein Musikstil, in dem Homophobie, Frauenverachtung und Materialismus Themen sind. Ist rechtes Denken da nicht anschlussfähig?

**Büchner:** Rap ist ein Spiegelbild der Gesellschaft, auch was Homophobie und Sexismus angeht – was es natürlich nicht weniger problematisch macht. Ursprünglich war Rap aber definitiv antirassistisch. Ares grenzt sich auch genau deshalb komplett vom klassischen Rap ab, er hat sein Label „Neuer Deutscher Standard“ genannt, weil er etwas gänzlich Neues etablieren will. Er schafft es allerdings auch, ein migrantisches Milieu anzusprechen mit der Argumentation, Nationalismus sei doch etwas ganz Natürliches.

**E&W:** Frei.Wild haben sich mit sehr deutlichen Worten von Gruppierungen wie Pegida distanziert und gelten vielen Menschen dennoch als Paradebeispiel einer rechten Band. Die Aufregung über den Rapper Farid Bang („Mein Körper definierter als von Auschwitz-Insassen“) war vergleichsweise gering. Geht die Öffentlichkeit mit Rockmusik kritischer um als mit vermeintlich moderner Musik?

**Büchner:** Das glaube ich nicht. Bei Frei.Wild gibt es ja auch seit Jahren keinerlei Aufschrei mehr, sie haben den Echo gewonnen und sind mit jeder neuen Veröffentlichung wieder auf Platz 1 der Albumcharts. Ich finde, dass die Debatte um Frei.Wild und um die Verschwörungsmythen, die in der rechten Musikszene ventiliert werden, weitergehen muss. Das alles ist hochgefährlich, öffentlich aber offenbar kein Thema mehr.

Interview: Christoph Ruf,
freier Journalist

**Timo Büchner: Der Begriff „Heimat“ in rechter Musik. Analysen, Hintergründe, Zusammenhänge. Frankfurt, Wochenschau-Verlag, 2020**

# „Bügeleisen und Heizkissen sind mitzubringen“

**// Jubiläum: Vor 65 Jahren entstand die Vorläufer-Organisation der „Arbeitsgruppe Auslandslehrerinnen und -lehrer“ (AGAL). Ein kurzer Rückblick auf bewegte Jahre. //**

„Knickerbocker werden höchstens auf Touren getragen. Windjacken im Stil der amerikanischen Feldblusen haben sich bewährt.“ Weiterer Tipp: „Tauchsieder, Bügeleisen, Heizsonne, Heizkissen sind nach Bedarf mitzubringen.“ Zwei Ratschläge für Auslandslehrkräfte aus dem Jahr 1959, abgedruckt in der Broschüre „Deutsche Lehrer in der kulturellen Auslandsarbeit“. Autor der Broschüre ist Herbert R. Koch, geboren 1906, der unter anderem an der Deutschen Schule in Santa Cruz de Tenerife unterrichtete. Ab 1956 leitete Koch die „Arbeitsgruppe Auslandslehrer“ (AGAL) der GEW. Die war im Jahr zuvor gegründet worden, als Nachfolgerin eines Gremiums der „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände“, in der die GEW mitwirkte. Ende der 1950er-Jahre gab es weltweit 350 deutsche Auslandsschulen, oft kleine Einrichtungen, gegründet von deutschen Auswanderergemeinden. Viele dieser Schulen überlebten nicht. Heute liegt die Zahl der Deutschen Auslandsschulen (DAS) bei 140. Längst zielen sie nicht mehr allein auf die deutsche Community – immer mehr Mädchen und Jungen aus den Partnerländern lernen an den DAS.

Zurück zu Herbert R. Koch. 1961 veröffentlichte der AGAL-Pionier eine Denkschrift, in der er eine „Zentralstelle“ für Auslandslehrkräfte forderte. Die Anliegen der Lehrerinnen und Lehrer aufzugreifen, das war bis dato Aufgabe des Schulreferats des Auswärtigen Amtes (AA). Koch fand Gehör. 1968 hob der Bund die „Zentralstelle für das Auslandsschulwesen“ (ZfA) aus der Taufe – „ein Kind der GEW“, so Max Bertram, AGAL-Vorsitzender von 1978 bis 1989.

Foto: GEW

**Max Bertram als Lehrer 1958 in der deutschen Schule in San José, Costa Rica**

Die AGAL nahm weiter Einfluss. Etwa 1970, als der Deutsche Bundestag eine „Enquete-Kommission Auswärtige Kulturpolitik“ ins Leben rief: Koch und der ehemalige GEW-Vorsitzende Heinrich Rodenstein formulierten Kernpunkte für Deutsche Auslandsschulen. Die DAS dürfe keine „isolierte Bildungsstätte mit Beschränkung nur auf einen Abschluß“ sein, hieß es in dieser Schrift namens „Konzeption 1971“. So sei für ein berufliches Abitur „der Ausbau berufsvorbereitender und berufsbildender Wege notwendig“. Ab 1975 übernahm Siegfried Vergin im GEW-Hauptvorstand die Aufgabe, die AGAL zu betreuen und auszubauen. Was er 14 Jahre lang tat.

## Kampf um Mitbestimmung

1982 kam der Rotstift. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages beschloss, bei der Besoldung der ins Ausland vermittelten Lehrkräfte innerhalb von zwei Jahren 20 Millionen D-Mark zu streichen. Vorgesehen war, die Bezüge um 8,3 Prozent zu kürzen. Die AGAL kämpfte vergeblich dagegen. Sie kritisierte zudem: Beamte und Angestellte des Bundes hätten Personalvertretungen und Tarifvereinbarungen – nicht aber die Auslandsdienstlehrkräfte (ADLK). Dennoch sollten die ADLK „draußen die Vorteile der Demokratie erklären“, so Bertram in seiner Schrift „Lehrer im Ausland“. Bereits 1987 forderte die AGAL, Ortskräfte besser zu bezahlen, einschließlich „angemessener Alterssicherung“ und „Krankheitsvorsorge“.

Früh suchte die AGAL den Austausch mit ZfA und AA. Dazu diente vor allem ein mehrtägiges Treffen, das die AGAL seit 1976 alle zwei Jahre organisiert. 2012 erschien der GEW-Privatisierungsreport Nr. 14, der Privatisierungstendenzen im Auslandsschulwesen anprangerte. 2016 gelang es der AGAL mit Bündnispartnern, Gehaltsnachzahlungen in Höhe von 20 Millionen Euro für ADLK und Bundesprogrammlehrkräfte (BPLK) durchzusetzen. An Stoff mangelt es bis heute nicht: Der Kampf um Mitbestimmung, die Forderung nach einem Auslandsschulamt als Anstellungsträger, bessere Bedingungen für Ortslehrkräfte, Digitalisierung gestalten – gut, dass es die AGAL gibt. Herzlichen Glückwunsch zum 65. Geburtstag!

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist

**Herbert R. Koch, Deutsche Lehrer in der kulturellen Auslandsarbeit, Frankfurt am Main, 1959**
**Max Bertram, Lehrer im Ausland:**
**www.gew.de/mbertram-lehrer-im-ausland-pdf**
**Die AGAL auf der GEW-Website unter:**
**www.gew.de/ausschuesse-arbeitsgruppen**

Auf dem Leipziger Messegelände treffen sich im Juni kommenden Jahres 432 Delegierte zum GEW-Gewerkschaftstag.

Foto: mauritius images/André Pöhlmann

# Gewerkschaftstag der GEW 2021

**// Zum zweiten Mal findet ein Gewerkschaftstag der GEW in Sachsen statt. Vom 8. bis 12. Juni 2021 wird der 29. ordentliche Gewerkschaftstag der Bildungsgewerkschaft in Leipzig tagen. //**

Nur wenige Monate vor den nächsten Bundestagswahlen werden 432 Delegierte aus allen Bundesländern, aus den verschiedenen Fachgruppen der GEW und über 100 Gastdelegierte und Gäste in der Leipziger Messe zusammentreffen. Mit den Beratungen der bis dahin eingegangenen Anträge werden auf dem Gewerkschaftstag wichtige Weichenstellungen in der Bildungspolitik, aber auch in der Tarif- und Beamtenpolitik vorgenommen. Eine weitere zentrale Aufgabe der Delegierten sind die Wahlen für den Geschäftsführenden Vorstand und die Bundesschiedskommission. Der GEW-Hauptvorstand hat mit Beschlüssen zur Tagesordnung und zur Besetzung der Antragskommission bereits erste Entscheidungen in Vorbereitung des Gewerkschaftstages getroffen.

## Wahlergebnis des GEW-Hauptvorstandes zur Besetzung der Antragskommission des Gewerkschaftstages 2021:

Simone Claar (Landesverband (LV) Hessen)
Katja Coordes (LV Schleswig-Holstein)
Linda Engels (LV Nordrhein-Westfalen)
Tom Erdmann (LV Berlin)
Norma Gertz (LV Brandenburg)
Rüdiger Heitefaut (LV Niedersachsen)
Kerstin Hinz (LV Sachsen-Anhalt)
Lisa Lewien (LV Sachsen)

## Vorschlag zur Tagesordnung des Gewerkschaftstages vom 8. bis 12. Juni 2021:

1. Eröffnung der Vorsitzenden (u. a. Totenehrung)
2. Grußworte
3. Bericht der Mandatsprüfungskommission
4. Wahl des Präsidiums
5. Beschluss über die Tagesordnung, die Geschäftsordnung und die Wahlordnung
6. Mündliche Ergänzung des Geschäftsberichts
7. Aussprache zum Geschäftsbericht
8. Bericht der Revisionskommission/ Entlastung des Geschäftsführenden Vorstandes
9. Anträge zur Satzung
10. Wahlen zum Geschäftsführenden Vorstand (nach Paragraf 20 der Satzung) und Wahl der ständigen und stellvertretenden Mitglieder der Schiedskommission (nach Paragraf 9 der Satzung)
11. Anträge
12. Schlusswort

Der Antragsschluss für das Einbringen von Satzungsanträgen zum Gewerkschaftstag 2021 wurde vom Hauptvorstand auf den 30. November 2020, für sonstige Anträge auf den 8. Januar 2021 festgelegt. Antragsberechtigt sind die GEW-Landesverbände, die Bundesausschüsse der GEW sowie der Hauptvorstand.

Jürgen Schmidt,
Geschäftsführer des GEW-Hauptvorstandes

# Mit Bildung die Demokratie verteidigen

Die Tagung im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern war die erste des GEW-Hauptvorstandes nach dem Ende des Corona-Lockdowns.

Foto: Stephan Rudolph-Kramer

**// Die GEW mahnt, die politische Bildung an beruflichen Schulen und in der Weiterbildung zu stärken. Gerade die Corona-Krise zeigt, dass Demokratie stets aufs Neue erlernt werden muss. So lautete das Fazit einer Tagung in Schwerin. //**

Auftakt im „Goldenen Saal" des Justizministeriums. Bettina Martin (SPD), Bildungsministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, kritisierte „zunehmende Angriffe auf die Demokratie". Sie warnte vor „Hass im Netz" und dem „gezielten Setzen von Falschmeldungen". Eine Form, Demokratie zu verteidigen, sei Bildung, „und ich glaube, es ist die Grundlegendste", betonte Martin. Applaus im Saal.

Die erste Tagung des GEW-Hauptvorstandes nach dem Corona-Lockdown beschäftigte sich mit dem Thema: „Wichtiger denn je: Politische Bildung und Professionalisierung". 50 Kolleginnen und Kollegen diskutierten über neue Herausforderungen in beruflicher Bildung und Weiterbildung. Gerade in Corona-Zeiten häuften sich Fake News und Verschwörungsfantasien. „Die Gesellschaft spaltet sich immer mehr", sagte Ansgar Klinger, GEW-Vorstandsmitglied für Berufliche Bildung und Weiterbildung. Und weiter: „Menschenrechte, Frieden, Freiheit, Teilhabe sowie Mitbestimmung, soziale Gerechtigkeit und Diversität werden zunehmend infrage gestellt. Politische Bildung muss diese Werte – auch bei Erwachsenen – mehr denn je vermitteln."

Auch Arbeitgeber plädierten neuerdings dafür, politische Bildung in der beruflichen Bildung zu fördern – aufgeschreckt durch rassistische Vorfälle und „die fürchterlichen Attacken auf Politikerinnen und Politiker". Darauf verwies Bettina Zurstrassen, Professorin für Didaktik der Sozialwissenschaften an der Uni Bielefeld. Als Beleg zitierte sie aus dem aktuellen Jahresgutachten des „Aktionsrats Bildung", der von der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) getragen wird. Allerdings verstünden die Arbeitgeber unter „Demokratisierung" etwa, die Schwarmintelligenz der Beschäftigten zu nutzen. „Jeder darf mal Chef sein." Dies aber sei „ein Instrument der Effizienz-Steigerung". Demokratie werde „zur betriebswirtschaftlichen Ressource", kritisierte Zurstrassen. Politische Bildung müsse jedoch „emanzipatorischen Charakter" haben.

## Professionalisierung wichtig

Tag 2, Schloss Schwerin, im Plenarsaal des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern. Die Teilnehmenden verabschiedeten die „Schweriner Erklärung: Demokratie stärken – mehr politische Bildung in Berufsbildung und Weiterbildung!"* zur Stärkung der politischen Bildung. Dann referierte Dieter Nittel, Professor für Erziehungswissenschaften an der Uni Frankfurt am Main, zu „Professionalisierung". Gemeint sei die „machtvolle Durchsetzung von Interessen an strategisch wichtigen Orten". Es gehe nicht nur um mehr Geld für die Beschäftigten, sondern auch um „Reputation". Nittel sieht Lehrende an beruflichen Schulen und in der beruflichen Weiterbildung als gleichrangig. „Beide arbeiten mit den gleichen Personen, nur zeitversetzt." Daraus entstehe Handlungsbedarf, denn „prekäre Verhältnisse in der beruflichen Weiterbildung, das geht nicht an". Nittel warnte zudem: Länderfinanzminister seien nach Corona der Ansicht, es laufe an beruflichen Schulen ja auch mit Online-Lehre: „Macht das öfter, dann sparen wir Räumlichkeiten und andere Ressourcen." Um die Professionen zu stärken, brauche die GEW Bündnispartner, etwa die Berufsverbände. „Es reicht nicht, wenn man sich mit Bundestagsabgeordneten der SPD und der Linken trifft."

Franz Kaiser, Professor für Berufspädagogik an der Uni Rostock, erläuterte, was die ideale Berufsschullehrkraft kennzeichne. Fachwissen reiche nicht aus. „Wir wollen bei den Studierenden eine forschende, offene Haltung entwickeln." Und: „Ich muss Bock haben, mich von den Schülern infrage stellen zu lassen." Auch „biografische Reflexion" – warum will ich Berufsschullehrer werden? – sei an der Uni Rostock Thema. Kaiser betonte, dass es an Nachwuchs fehle. „Wir brauchen eine Öffentlichkeitskampagne für das Berufsschullehramt."

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist

***www.gew.de/schweriner-erklaerung-bbwb-pdf**

## Schlag nach bei Matthäus

(E&W 6/2020, Seite 40 f.: „Solidarität ist Christenpflicht“)

In einer Gewerkschaftszeitung erwartet das Mitglied als Leser klare Fragen und klare Antworten sowie Rückfragen bei nebulösen Antworten. Beides fehlt im vorliegenden Interview.

Bischof Heinrich Bedford-Strohm fabuliert herum, wenn er Begriffe wie Antisemitismus, Rassismus, Gotteslästerung aufgrund christlicher Religionszugehörigkeit in den Raum stellt. Die Antworten darauf stehen im Grundgesetz, Artikel 1-3, eindeutig formuliert, dafür bedarf es keiner religiösen Schriften. Deutschland bekennt sich mit seinem Grundgesetz zur UN-Menschenrechtskonvention von 1948, religionsneutral.

Bedford-Strohm zählt sich selber zu den finanziell Bessergestellten, den starken Schultern, die mehr zu tragen haben und in einer sozialen Marktwirtschaft auch mehr tragen können. Aber wie bitte? Als Bischof sei es nicht seine Aufgabe, sagt er, ein bestimmtes Konzept zu unterstützen. Oh doch, Herr Bischof! Schlag nach bei Matthäus, denn da steht: „Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon.“ (Kapitel 6.24). Oder: „Es ist leichter, dass ein Kamel durch ein Nadelöhr gehe, als dass ein Reicher in das Reich Gottes komme.“ (Kapitel 19.24).

Die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie werden mit den Folgen des Zweiten Weltkrieges verglichen. Seinerzeit besteuerten Deutschland und Japan vorübergehend die Reichen: Sondersteuer. Das funktionierte sehr gut, sodass beide Länder ab Mitte/Ende der 1950er-Jahre ohne öffentliche Schulden mit dem Wiederaufbau beginnen konnten. Heute zählen beide Staaten weltweit zu den Marktführern.

Die soziale Marktwirtschaft hat seit Jahren ihren Anspruch, sozial zu sein, verloren. Das zeigt zuletzt und erschreckend der Corona-Fall in den Werken des Fleischmilliardärs Clemens Tönnies. Solange Einkommen aus Vermögen schneller wachsen als Einkommen aus Arbeit, wie es in Westeuropa seit langem der Fall ist, muss die Ungleichheit zwangsläufig zunehmen. Reichtum verschafft alles mögliche, aber nicht Tugend!

Ulrich Bald, Hagen

## Rein in die Gewerkschaften!

(E&W 7-8/2020, Leserforum, Seite 46: „Heuchlerische Haltung“ und „Merkwürdige Ansichten“)

Als langjähriger IG-Metaller und Gewerkschafter lese ich auch gerne die interessanten und aufschlussreichen Artikel der Gewerkschaftszeitung meiner Frau: der E&W. Gerade auch die Kommentare und Reaktionen im Leserforum. Deshalb auch ein Lob zur Veröffentlichung der beiden kritischen Anmerkungen zu dem >>>

**Nothilfe Beirut – jetzt spenden!**

Explosionen haben Libanons Hauptstadt Beirut erschüttert. Es ist eine Katastrophe für das Land, das von Wirtschaftskrisen und der Corona-Pandemie ohnehin schwer getroffen ist. Aktion Deutschland Hilft leistet den Familien Nothilfe. Mit Medikamenten, Lebensmitteln, Trinkwasser und Hygienekits. Helfen Sie uns zu helfen. **Jetzt mit Ihrer Spende!**

Spendenkonto: DE62 3702 0500 0000 1020 30
Online spenden unter: **www.Aktion-Deutschland-Hilft.de**

Aktion Deutschland Hilft
Bündnis deutscher Hilfsorganisationen

>>> Interview mit Bedford-Strohm, denen ich mich voll und ganz anschließe! Bis auf den Schlusssatz von Erich Katterfeld: „Die Konsequenz kann nur sein: Gewerkschaftsaustritt!“ Das genaue Gegenteil ist erforderlich! Also: Rein in die Gewerkschaften; engagieren, beteiligen, mitmachen, aufklären, sagen was Sache ist, Meinung vertreten!

Manfred Dietze, Bremen

## Volle Unterstützung

In Deutschland und damit auch in deutschen Bildungseinrichtungen gibt es viele Weltanschauungen. Da sich die GEW als umfassende Vertretung der Interessen von Schüler- und Lehrerschaft versteht, müssen sich religiös motivierte Menschen dort genau wie nicht religiös geprägte Menschen äußern können, ohne dass man ihnen die Berechtigung ihrer Weltsicht abspricht. Das gehört zur demokratischen Kultur, das gebietet der Respekt zwischen Lernenden und Lehrkräften, ohne den ein gutes Zusammenleben nicht möglich ist.

„Weltanschauliche Neutralität“ bedeutet im Übrigen nicht, dass die nicht religiöse Weltsicht zur maßgeblichen erhoben wird, sondern dass keine bevorzugt oder benachteiligt wird (solange sie mit dem Grundgesetz vereinbar ist).

Was die Lebensrettung für Flüchtlinge im Mittelmeer angeht, ist es gleichgültig, ob jemand diese aus einer christlichen oder nicht religiösen Weltanschauung heraus fordert. Das Gleiche gilt für die von der GEW vertretenen bildungspolitischen Forderungen. Darum bin ich als Christin seit 25 Jahren GEW-Mitglied. Für mich ist der Mensch „Bild Gottes“ – und genau darum unterstütze ich beispielsweise die Forderungen nach Solidarität und Bildungsgerechtigkeit.

Anja Nillies, Leopoldshöhe

## Nicht nur Schule

(E&W 7-8/2020, Schwerpunkt „Pädagogik und Digitalisierung“)

Erst einmal gilt der Redaktion mein herzlichstes Dankeschön für die Mühen und Aufbereitung von vielen wunderbaren Artikeln in der E&W. Dennoch möchte ich eine persönliche Bitte äußern. Die GEW steht für mich für Bildung in allen Kontexten: Schule, Hochschule, freie Träger der außerschulischen

Bildung, der Erwachsenenbildung und viele mehr. Trotzdem scheint in der Zeitschrift das Thema „Schule“ omnipräsent zu sein, so wie es auch in allen GEW-organisierten Gremien, auf den GEW-Fachtagungen und im GEW-Fortbildungsheft der Fall ist. Meines Erachtens verpasst man damit eine gute Chance, der Rolle der freien Bildungsträger gerecht zu werden und ihre Bedeutung in der Gesellschaft – vor allem für Kinder und Jugendliche – stärker zu beleuchten. Durch die Corona-Krise wurden die freien Träger erneut mit der Bezeichnung als nicht-systemrelevant enorm verkürzt dargestellt. Ich wünsche mir, dass sich das wieder ändert und die GEW ihre Aufgabe als repräsentative Gewerkschaft für alle pädagogischen Arbeitsfelder wahrnimmt. Mir ist durchaus bewusst, dass das nicht immer klappen kann. Da aber gerade zum Thema „Pädagogik und Digitalisierung“ gleich mehrere Artikel zur Schule veröffentlicht wurden, wäre vielleicht auch ein Platz für einen anderen Bildungsträger möglich gewesen.

Abschließend möchte ich noch einmal den Artikel „Die Online-Lehre an Hochschulen: Kein Ersatz für Präsenzlehre“ loben. Perspektivisch absolut gelungen!

Alexander Kolling, Marburg

## Musikunterricht ist viel mehr

(E&W 7-8/2020, Seite 6 ff.: „Die Einschwingphase ist durch“)

Danke für den Artikel „Die Einschwingphase ...“. Unerklärlich ist für mich als Musiklehrerin die Aussage von Steffen Jahnke, dass er seinen Unterricht zu 90 Prozent digital organisieren könne. Ja, ich „kann“ das auch, muss ich es doch auf Dienstanweisung hin sogar zu 100 Prozent. Nur: Musikunterricht ist viel mehr als Theorietexte zu lesen und Videos anzuschauen. Ich unterrichte angehende Erzieherinnen und Erzieher und frage mich, wie sie jemals den Kindern den Spaß am Singen vermitteln sollen, wenn ich ihnen im Unterricht nicht die Angst davor nehmen und zeigen kann, wie viel Spaß das macht ... und vielleicht viel schlimmer: Wird nicht das Prestige, der Ruf, die Wertigkeit des schulischen Musikunterrichts und insbesondere des Singens dauerhaft in Frage gestellt, wenn es „auch ohne“ geht?

Sabine Nick, Weinheim

## IT (zu) kurz erklärt

(E&W 7-8/2020, Seite 13: „Nach Alternativen suchen“)

Der kurze Artikel nimmt sich leider mit Clouds, Lernmanagement-Systemen und Open-Source-Software zu viele sehr politische Themen vor und lässt einige kontroverse Aussagen unhinterfragt stehen. Im Bereich Datenschutz wird der Begriff der „rechtssicheren Nutzung“ erwähnt und von vermeintlicher Datenschutz-Konformität geredet, wenn der Server eines Anbieters in Deutschland steht. Dazu meint der IT-Sicherheitsspezialist Mike Kuketz: „Rechtssicher bedeutet in diesem Kontext salopp formuliert: Wie kann ich Dienst XY nutzen, ohne offensichtlich gegen die DS-GVO zu verstoßen? Es geht also nicht primär um datenschutzfreundliche Lösungen, sondern wie man vor dem Gesetzgeber eine möglichst weiße Weste behält. Dahinter verbirgt sich oftmals der Wunsch, eine Lösung einzusetzen, die eigentlich wenig bis überhaupt nicht datenschutzfreundlich ist.“ Das Münchner LiMux-Projekt als ein Beispiel für das Scheitern von Open-Source-Projekten anzuführen, ist reine Polemik. Was dort zum Scheitern führte, waren schlechtes IT-Management, eine fragmentierte unkoordinierte IT-Infrastruktur – unabhängig von Betriebssystemen – und jahrelange Microsoft-Lobbyarbeit.

Felix Wiedemann, München

**Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**
**Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.**
**E-Mail: katja.wenzel@gew.de**
**Die Redaktion bittet darum, die Leserbriefe mit einer maximalen Textlänge von 2.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen) einzusenden. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.**

TimeTEX

**So leben Lehrer/innen leichter**

**10,– € Gutschein**
**= 33 % Rabatt**
**Code: EW4357**
Mindestbestellwert 30,– €
Gültig bis 31.10.2020
www.timetex.de/EW4357

**Digitale Schiefertafel TD**
transparentes Display
- innovative und tolle Lösung für Schreib-, Rechen- und Schwungübungen

**Art. 84002-43**
nur **14,90 €**

**Hygiene-Schutzwand**
Exklusiv L für Tische
ab **109,– €**
- aus transparentem Acrylglas
- hochwertig und formstabil, mobil einsetzbar

**Art. 61026-43**

**Mobil-Sichtschutz**
„Clausura“
- kein Abschreiben mehr
- schnelles Aufstellen + Abräumen

ab **1,95 €**
**Art. 70070-43**

**Magnetische Steine**
extrastarke Magnetwirkung
nur **6,95 €**
- geeignet z.B. für Stahlemaille-Tafeln
- 20 Stück

**Art. 93276-43**

**Stehsammler**
„Fächerstar“ A4
- Unterlagen griffbereit und sortiert
- aus stabiler PP-Folie, 23 farb. Fächer

nur **14,90 €**
**Art. 10659-43**

**Gehörschutz für Kinder**
„Auris Plus“
nur **14,90 €**
- für konzentriertes Arbeiten
- dämpft störende Geräusche (SNR 24,3 dB)

**Art. 70056-43**

**Mathe-Basis-Set Plus ZR 20**
für Schüler
- alles zum Rechnen im ZR bis 20

nur **9,95 €**
**Art. 93109-43**

nur **9,95 €** **Zeitdauer-Uhren**
„Automatik“ Compact
funktioniert ohne Batterien
- mit Restzeit-Anzeige + Magnet

**Art. 61970-43**

**Magnet-Plättchen** 10 x 10 mm
nur **3,95 €** Gute Magnet-Haftung
- selbstklebend, 200 Stück
- zur Herstellung magnetischer Unterrichtshilfen

**Art. 93290-43**

**Belobigungs-Aufkleber**
„Fuchs“ in Spender-Box, 500 Stück
- schnelle und bequeme Entnahme dank der Spender-Box

**Art. 62214-43** nur **2,95 €**

nur **5,95 €**
**Sanduhren-Set 5-tlg.**
- Zeit sichtbar machen, 10 cm hoch
- je 1 x 30 Sek., 1, 3, 5 und 10 Min

**Art. 62947-43**

**Taschen und Trolleys**
TOP Preis, TOP Qualität
ab **69,90 €**
- große Auswahl
- hochwertige Materialien
- robust, mit viel Platz

Preise per 09/2020 inkl. MwSt., zzgl. Versandpauschale 3,95 EUR, Planer + Hefte 2,50 EUR – bei Schulplanern ab 10 Stück portofrei.

-43 · 09/2020 ©TimeTEX HERMEDIA Verlag GmbH, Ländenstraße 10, 93339 Riedenburg

www.timetex.de • TimeTEX HERMEDIA Verlag GmbH • Tel. 09442 92209-0 · Fax -66



**AGARIA TOURS**
Fachveranstalter für Pragreisen

**Entspannt auf Klassenfahrt!**

Info: 040/2809590 • nachprag@agaria.de • agaria.de



Seit 1966
**Friesland Charter**
**Gruppenfahrten auf traditionellen Segelschiffen**
Auf IJsselmeer und Binnengewässer
10 bis 60 Personen
• Klassenfahrten
• Wochenendfahrten
• Radtouren
Fam. Koopmans
Slinke 19, NL9011 WV Jirnsum
Ruf +31 566 631604
info@frieslandcharter.nl
www.frieslandcharter.nl
**Klipper DE HOOP****



**Andalusien**
Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung.
Für Wanderer ein Paradies.
T: 05171/16343 **www.la-ruca.de**



**Klassenfahrten Versailles**
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
info@reichardt.eu, T: 06181 424830
**www.reichardt.eu**



**Klassenfahrten London**
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
info@reichardt.eu, T: 06181 424830
**www.reichardt.eu**



**www.schulorganisation.com**
**Dokumentation Organisation Rechtssicherheit**
✆ 02521 29905-10
F&L SCHULORGANISATION
Verlage Flöttmann & Langenkämper



**Inklusion voll digital**
Interaktive Aufgaben und multimediale Tools.
**Jetzt entdecken über www.cbm.de/digitales-lernen**
cbm



**Insel Rügen:** Ferienwohnungen in Putbus für 2 bis 4 Personen: ruhig, sonnig, Natur pur; **Tel. 038301 60289**, **www.ferienhaus-sonneninsel-ruegen.de**



**TOSCANA**
**Weingut** zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl.
Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041
info@aglioni.it, **www.aglioni.it**



• **Berlin – Stadtführungen**
• **Schülertouren mit dem Rad, zu Fuß, im Bus**
**030-21805214**
TRAVELSITE
www.travelxsite.de



**Schullandheim im Nordschwarzwald**
15 Autominuten von Baden-Baden entfernt liegt unser "Else-Stolz-Heim". Mit 41 Betten bietet es 36 Jugendlichen nebst Betreuern Platz und ist für Selbstversorger mit allem Komfort eingerichtet. In herrlicher Lage, mitten im Wald, nur 400 m von der Schwarzwaldhochstraße entfernt am Unterplättig, genießen Sie einen ungestörten Aufenthalt. Gute Wandermöglichkeiten bis auf über 1000 m Höhe (Badener Höhe) und im Winter Skisportmöglichkeiten. Lifte sind mit dem Bus erreichbar.
**AWO Baden-Baden gGmbH Rheinstr. 164 76532 Baden-Baden**
**Tel. (0 72 21) 36 17-20 Fax (0 72 21) 36 17-50 www.awo-bb.de**

# Diesmal

Cartoon: Christiane Pfohlmann